



Inklusionstage 2017 Steckbriefe der 37 Projekte aus aller Welt

Berlin, 4. und 5. Dezember 2017





Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Die Projektsteckbriefe I, Foren am 4. Dezember 2017, 13:30-15:30 Uhr	5
FORUM 1: ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG	
Thema: Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen	
Projekt „Ready, Willing & Able“, Kanada	6
Projekt „Soy capaz“, Peru.....	8
Projekt „Search“, Irland.....	10
FORUM 2: INKLUSIVE BILDUNG	
Thema: Bewusstseinsbildung an Schulen	
Projekt „In1school“, Niederlande.....	12
Projekt „Soziale und schulische Inklusion im Südwesten Perus“, Peru	14
Projekt „STAND FORTH – fatevi avanti!“, Italien.....	16
FORUM 3: BARRIEREFREIHEIT	
Thema: Barrierefreiheit von Waren und Dienstleistungen	
Projekt: „Funka“, Schweden.....	18
Projekt: „Universal Design in Tourism Services“, Irland	20
Projekt: „Promoting Accessibility in Ethiopia: Guide to Accessible Ethiopia“, Äthiopien	22
FORUM 4: PERSÖNLICHKEITSRECHTE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	
Thema: Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen	
Projekt „Voices of Individuals: Collectively Exploring Self-determination (VOICES)“, Irland	24
Projekt: PO-Skåne (Personal Ombudsman in Skåne), Schweden.....	26
Projekt „Options for Supported Decision-Making to Enhance the Recovery of People Experiencing Severe Mental Health Problems“, Australien	28
FORUM 5: MEHRFACHDISKRIMINIERUNG VON FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN	
Projekt: „Philippine Alliance of Women with Disabilities (PaWiD)“, Philippinen	320
Projekt: „Opfer-Hilfesystem für Frauen und Mädchen mit Behinderungen“, Südkorea	32
Projekt: „Inclusive Indonesia: Combating Discrimination and Stigma of Women and Children with Disabilities in Central Java“, Indonesien.....	34
Projekt: „Enhancing capacities of Local Authorities and Non-State Actors to address socio-economic concerns of victims of war, children, women and persons with disabilities and their families in Northern and Eastern Province of Sri Lanka“, Sri Lanka.....	36
FORUM 6: LEISTUNGSERBRINGUNG IM WANDEL	
Thema: Entwicklung einer inklusiven Infrastruktur	
Projekt „Supportive Housing“, Israel	38
Projekt „Nationale und regionale Strategie für Barrierefreiheit in der Stadtentwicklung Ecuadors“, Ecuador	40
Projekt „Bridging the Gap: Your role in transporting children with disabilities to school in developing countries“, Mexiko	42



Die Projektsteckbriefe II, Foren am 5. Dezember 2017, 9:00-11:00 Uhr	44
FORUM 1: ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG	
Thema: Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen	
Projekt „Spagat“, Österreich	45
Projekt „Vermont Supported Employment“, U. S. A.....	47
Projekt „Job and process redesign“, Niederlande	49
FORUM 2: INKLUSIVE BILDUNG	
Thema: Inklusive Unterrichtsmethoden	
Projekt „Multimedia Advocacy and RIX Wiki“, Großbritannien	51
Projekt „De-Sign Bilingual – Developing and Documenting Sign Bilingual Best Practice in Europe“, Europa.....	53
Projekt „SOIL – Social Inclusion of Learners“, Österreich/Europa.....	55
FORUM 3: BARRIEREFREIHEIT	
Thema: Barrierefreie Information und Kommunikation	
Projekt: „Adding universal design in ICT student curricula“, Norwegen.....	57
Projekt: „Global Public Inclusive Infrastructure (GPII)“, Schweiz.....	59
Projekt: „Pay it forward In Sign Language“, Israel	61
FORUM 4: PERSÖNLICHKEITSRECHTE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	
Thema: Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen	
Vortrag: „Das Stigma psychischer Erkrankungen als Inklusionshindernis“, Deutschland.....	63
Projekt: „Empathy and portrayals of mental illness in Australian visual culture“, Australien	65
Projekt: „Time to Change“, Großbritannien	67
FORUM 5: KATASTROPHENVORSORGE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN	
Projekt „Bethel’s House“, Japan	69
Projekt „Community Driven Disability inclusive Disaster Risk Reduction“ (CDDiDRR), Bangladesch	71
Projekt „Italian Network on Disability and Development“ (RIDS), Italien	73
FORUM 6: LEISTUNGSERBRINGUNG IM WANDEL	
Thema: Partizipation und Assistenz	
Projekt „Proqualis“, Österreich	75
Projekt „STIL“, Schweden.....	77
Projekt „The right to independent living of persons with disabilities“, Österreich/Europa	78
Impressum	69



Vorbemerkung

Auf den „Inklusionstagen – international“ 2017 haben sich an zwei Tagen 37 Projekte aus allen Kontinenten präsentiert. Rund 100 Personen aus aller Welt haben in den insgesamt zwölf Foren gezeigt, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Land umsetzen. Sortiert nach Handlungsfeldern wie „Arbeit und Beschäftigung“ oder „Persönlichkeitsrechte“ konnten die Besucherinnen und Besucher der Inklusionstage so ihren Blick weiten und sich von den Ideen anderer Projekte, die zum Teil unter ganz anderen Rahmenbedingungen arbeiten, inspirieren lassen.

Damit die Einblicke, die die Besucherinnen und Besucher auf den Inklusionstagen in diese eindrucksvollen Projekte gewinnen konnten, nachhaltig bleiben (und nicht jedes z. B. über eine englisch- oder sogar deutschsprachige Website verfügt), wird jedes Projekt im Folgenden in einem kurzen Porträt dargestellt.





Inklusionstage 2017: die Projektsteckbriefe I

Foren am 4. Dezember 2017, 13:30-15:30 Uhr



Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen

Projekt „Ready, Willing & Able“, Kanada (Deutsch: Startklar, bereit und fähig)

Auf der Bühne: Don Gallant, Projektleiter (National Director) „Ready, Willing & Able“ (RWA), Torbay, Canada

Projektträger: Das Projekt Ready, Willing & Able (RWA) wird gemeinsam durchgeführt von: „Canadian Association for Community Living“ (CACL) (Kanadische Gesellschaft für Leben in der Gemeinschaft), „Canadian Autism Spectrum Disorders Alliance“ (CASDA) (Kanadischer Verband Autismus-Spektrum-Störung) sowie deren Partnern in den Regionen

Internet: www.readywillingable.ca

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt „Ready, Willing & Able“ (deutsch: Startklar, bereit und fähig) zielt darauf ab, die Nachfrage bei Arbeitgeberinnen und -gebern nach Arbeitskräften mit einer geistigen Behinderung oder Autismus-Spektrum-Störung zu steigern, um so deren Erwerbsbeteiligung zu erhöhen.



Zwei Organisationen setzen das Projekt mit ihren regionalen Partnern um: „Canadian Association for Community Living“ (CACL) (deutsch: Kanadische Gesellschaft für Leben in der Gemeinschaft) und „Canadian Autism Spectrum Disorders Alliance“ (CASDA) (deutsch: Kanadischer Verband Autismus-Spektrum-Störung). Das Projekt wurde im September 2014 von der kanadischen Regierung ins Leben gerufen, es wurde mit 15 Millionen Dollar von 2014 bis 2017 gefördert.

Hier setzt „Ready, Willing & Able“ an:

- Verbinden und Unterstützen von Arbeitgeberinnen und -gebern, Personen mit einer geistigen Behinderung oder Autismus-Spektrum-Störung sowie lokalen, regionalen und nationalen Behörden
- Überzeugungsarbeit bei Arbeitgeberinnen und -gebern und der Öffentlichkeit: Unternehmen profitieren von der Einstellung von Menschen mit geistiger Behinderung oder Autismus-Spektrum-Störung
- Verbesserung der Services der gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsstellen, um die neue Nachfrage auf Arbeitgeberseite bedienen zu können



RWA wird in allen 13 Provinzen und Territorien Kanadas mit Fokus auf 20 Gemeinden umgesetzt, insgesamt ist das Projekt aber in 120 Gemeinden in ganz Kanada mit Arbeitgebern in Kontakt. Hier arbeitet das Projekt auch mit den lokalen Arbeitsagenturen zusammen, um so die entstandene Arbeitgeber-Nachfrage bedienen zu können. Das Projektteam von „Ready, Willing & Able“ besteht insgesamt aus 26 Personen.

Wie funktioniert das?

Das Projekt hat die Arbeitgeberinnen und -geber im Fokus, und die Kommunikation ist darauf abgestimmt: Es geht um Argumente, die Unternehmen verstehen. Dazu präsentiert RWA Erfolgsbeispiele, die den wirtschaftlichen Nutzen inklusiver Einstellungspraxis belegen. RWA fordert die Arbeitgeber nicht auf, besondere Arbeitsplätze für „besondere“ Menschen zu schaffen. Vielmehr unterstützt das Projekt die Unternehmen dort durch die Vermittlung von Menschen mit Behinderungen, wo tatsächlich Personal benötigt wird. Vier Bausteine sollen zum Erfolg führen:

- **Nachfrage generieren:** „Ready, Willing & Able“ sorgt durch direkte Ansprache der Unternehmen für Interesse und Nachfrage. Dazu dienen individuelle Treffen, Gruppenveranstaltungen sowie die Kommunikation über soziale Medien oder Werbung. Zeigen Arbeitgeber sich interessiert, Arbeitskräfte mit einer geistigen Behinderung oder Autismus-Spektrum-Störung zu beschäftigen, geht das Projektteam in weiteren Treffen speziell auf die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Unternehmens ein.
- **Nachfrage verknüpfen:** Sobald sich ein Arbeitgeber verpflichtet hat, einzustellen, werden die offenen Stellen der lokalen Arbeitsagentur mitgeteilt. Diese Agenturen übermitteln dem Arbeitgeber geeignete Kandidatinnen und Kandidaten. Die RWA unterstützt die Agenturen auch bei Aufbau und Pflege des Kontaktes zum Unternehmen.
- **Einstellungsprozess erleichtern:** Die RWA arbeitet mit der Arbeitsagentur zusammen, um sicherzustellen, dass der Arbeitgeber zeitnah ein Angebot erhält, das zu seinen Bedürfnissen passt. Geeignete Kandidatinnen und Kandidaten werden vermittelt, auch im Auswahlprozess werden Arbeitgeber/in und Arbeitssuchende unterstützt.
- **Unterstützung anbieten:** Sowohl Arbeitgeber/in als auch die Angestellten erhalten Unterstützungsangebote wie die Vermittlung von HR-Praktiken, Job-Coaches, Hilfe bei Transport oder Ausrüstung.

Wie gelingt hier Inklusion?

Die inklusive Einstellungspraxis wird Unternehmen als Rekrutierungsart vermittelt, die für sie einen echten wirtschaftlichen Vorteil bietet. Anstatt Arbeitgeber/innen zu bitten, zusätzliche oder spezielle Arbeitsplätze zu schaffen, fordert die RWA sie auf, Personen mit geistiger Behinderung oder Autismus-Spektrum-Störung zu berücksichtigen, um offene Stellen zu besetzen. Die Zahlen sprechen für sich: Die RWA hat seit ihrer Einführung im Jahr 2014 mehr als 1.500 Beschäftigungsverhältnisse vermittelt, etwa 92 Prozent davon dauerhaft!



Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen

Projekt „Soy capaz“, Peru

(Deutsch: *Ich bin fähig*)

Auf der Bühne: Mónica Honores Incio, Leiterin der Förderung und sozialen Entwicklung bei CONADIS
Gonzalo Céspedes Bautista, Übersetzer

Projektträger: CONADIS: Consejo Nacional para la Integración de la Persona con Discapacidad (deutsch: Nationaler Rat für die Integration von Menschen mit Behinderungen)

Internet: www.conadisperu.gob.pe

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt „Soy Capaz“ fördert die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in ganz Peru. Es wird umgesetzt vom Nationalen Rat für die Integration von Menschen mit Behinderungen, der im peruanischen Bundesministerium für Frauen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen angesiedelt ist.



Das Management-Modell „Soy Capaz“ hat sich zu einem Werkzeug zur Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen etabliert. Es startete im Juli 2012 im peruanischen Nationalkongress, dabei waren neben den Kongressabgeordneten die Ministerin für Frauen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Vertreter/innen der Stadtverwaltung Lima, Vorstandsmitglieder von CONADIS sowie Organisationen von Menschen mit Behinderungen.



Das Ziel des Projektes ist, Menschen mit Behinderungen dabei zu unterstützen, einen würdigen und langfristigen Beruf zu ergreifen – passend zu ihren Fähigkeiten. Soy Capaz fördert die Beschäftigung in privaten Unternehmen und in öffentlichen Einrichtungen. Der Ansatz ist ein Gegenmodell zum sog. „Assistenzialismus“, bei dem die Lösung sozialer Probleme durch externe, z. B. staatliche Hilfen geschehen soll, anstatt strukturelle Lösungen zu schaffen, durch die die Betroffenen selbst tätig werden können.

Durch das Modell Soy Capaz haben seit dem Start 3.015 Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz erhalten.

Wie funktioniert das?

Das Modell entwickelt sich in drei Stufen:

- **Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderungen:** Die beruflich relevanten Daten der Arbeitssuchenden werden erfasst und sie erhalten vielfältige Unterstützung – von der Hilfe bei der Erstellung des Lebenslaufes bis hin zur Vorbereitung auf das Vorstellungsgespräch. Soy Capaz spricht öffentliche Einrichtungen sowie private Unternehmen an, um passende Stellen für Menschen mit Behinderungen zu finden.
- **Zusammenarbeit mit Privatunternehmen und öffentlichen Einrichtungen:** Mit den Unternehmensvertreter/innen führt das Projektteam Sensibilisierungsgespräche über die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Behinderungen, über die Bereitstellung der erforderlichen technischen Unterstützung und über die ausgeschriebenen Stellen, um sicherzustellen, dass die damit verbundenen Anforderungen auch erfüllt werden können. Gegebenenfalls werden angemessene Anpassungen für die Barrierefreiheit vereinbart, die die Bewerber/innen je nach Art der Behinderung benötigen.
- **Monitoring und Begleitung:** Auch nach erfolgreicher Vermittlung werden Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen weiterhin unterstützt. Das Projektteam überprüft, dass die Arbeitnehmer/innen sich gut in ihre Stellen eingefunden haben und dass alle verabredeten Anpassungen vorgenommen wurden, damit sie ihre Arbeit erfolgreich ausüben können. In Mitarbeiter/innen-Gesprächen wird auch der Frage nach der guten Behandlung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz nachgegangen.

Wie gelingt hier Inklusion?

Die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Regierungen, Unternehmen und den Familien der Menschen mit Behinderungen ist grundlegend für das Projekt.

Die Beschäftigungssituation der vermittelten Menschen mit Behinderungen wird regelmäßig (ein- bis zweimal wöchentlich) evaluiert. Dabei berücksichtigt die Bewertung das Arbeitsumfeld und die Beziehung mit dem Kollegium, Arbeitsverhalten (Pünktlichkeit, Fehlzeiten, Aufgabenbewältigung, Rhythmus, Qualität und Arbeitsgewohnheiten) sowie die Barrierefreiheit der Räumlichkeiten.



Interne Schulung/Fortbildung: Um sicherzugehen, dass die Zusammenarbeit im Unternehmen klappt, finden interne Schulungen für die leitenden Mitarbeiter/innen des Unternehmens statt, damit sich alle aktiv für die Inklusion am Arbeitsplatz einsetzen. In ähnlicher Weise werden Familienangehörige dazu angehalten, die Menschen mit Behinderungen in der neuen beruflichen Phase zu unterstützen und sie zu motivieren.



Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen

Projekt „Search“, Irland

(Deutsch: Suche)

Auf der Bühne:	Peter Furlong, Projektleiter
Projektträger:	Naas General Hospital, Kildare, Irland
Internet:	www.naashospital.ie/node/19757 www.kare.ie

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Project SEARCH ist ein Praktikumsprogramm, das jungen Menschen mit geistiger Behinderung nach der Schulzeit die Möglichkeit bietet, echte Fähigkeiten zu erwerben, die sie für einen Arbeitsplatz im Krankenhaus benötigen. Jede/r Teilnehmer/in ist voll in die Arbeit im Krankenhaus integriert und absolviert drei Stationen in verschiedenen Bereichen des Hauses, um vielfältige Fähigkeiten zu erlernen.



Project | SEARCH

Jede Praktikantin und jeder Praktikant wird nach dem Projekt unterstützt, um eine bezahlte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erlangen und zu behalten. Das Projekt SEARCH im Naas General Hospital ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus und der irischen KARE Organisation, die seit 1967 Menschen mit geistigen Behinderungen und ihre Familien unterstützt.



Wie funktioniert das?

Jeder junge Mensch, der sich bei SEARCH bewirbt, muss sich in einem Bewerbungsgespräch bewusst für das Programm und die Aufnahme einer Beschäftigung entscheiden. Jede Person absolviert drei Stationen in verschiedenen Abteilungen innerhalb des Krankenhauses, vervollständigt durch Weiterbildungen. Das Praktikum läuft jedes Jahr von September bis Juni mit 10 Praktikantinnen und Praktikanten in der Gruppe. Sie werden von zwei Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Krankenhauses unterstützt, die sie durch den Arbeitsalltag führen. Praktikantinnen und Praktikanten wird dabei geholfen, nach dem Praktikum eine bezahlte Arbeit ihrer Wahl zu finden und auf Dauer behalten zu können.



Wie gelingt hier Inklusion?

Dieses Programm bietet Jugendlichen mit geistiger Behinderung intensive und praktische Unterstützung, die ihre beruflichen Fähigkeiten erweitert, ihr Vertrauen entwickelt und die Möglichkeit bietet, unabhängig zu leben. Das Projekt SEARCH hat eine beeindruckende Erfolgsquote: danach finden 75 Prozent einen Arbeitsplatz. Ein Vergleich mit der gesamten EU macht dies eindrücklich: Hier haben nur 7 Prozent der Menschen mit einer Behinderung eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt.



Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Bewusstseinsbildung an Schulen

Projekt „In1school“, Niederlande (Deutsch: In 1 Schule)

Auf der Bühne: Agnes van Wijnen MSc (Master of Science), Beraterin Defence for Children
Timo Veldman LLM (Master of Laws), Projektleiter Defence for Children

Projektträger: Defence for Children, Leiden, Niederlande
(Deutsch: Verteidigung für Kinder)

Internet: www.in1school.nl
www.defenceforchildren.nl

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

„Defence for Children“ setzt sich mit dem Projekt „In1school“ für das Recht auf inklusiven Unterricht als Menschenrecht aller Kinder ein. Kinder haben das Recht, zugängliche Schulen zu besuchen, die so aufgestellt und ausgestattet sind, dass sie für alle Kinder die besten Bedingungen bieten – so der Grundsatz von „In1school“, basierend auf der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention. Das Projekt vertritt dieses Recht auf inklusive Bildung gegenüber dem Bildungsministerium, Parlamentsabgeordneten, Organisationen und pädagogischen Fachkräften.

„In1school“ startete 2013 als Projekt der Niederländischen Stiftung für Kinder mit Behinderungen NSGK. Seit Juli 2017 ist „In1school“ Teil des ständigen Programms von „Defence for Children“.

Dieses Programm nutzt verschiedene Strategien, um Änderungen in der Gesetzgebung, in der Politik und der Praxis zu vollziehen und so das Schulsystem inklusiver zu gestalten: Information, Beratung, Weiterbildung und Forschung, Networking und Kooperationen – die Aktivitäten sind vielfältig. Auch auf juristischem Weg setzt sich „In1school“ ein, um rechtliche und soziale Veränderungen für Kinder mit Behinderungen zu erreichen.

Damit die Idee von „In1school“ sich verbreitet, bringt das Projekt Interessierte in Vorbild-Schulen zusammen und präsentiert ihnen dort Best Practices.



IN1SCHOOL

**DEFENCE for
CHILDREN** 

The Netherlands

„Defence for Children“ ist eine internationale Organisation für Kinderrechte mit einem internationalen Büro in Genf. Die niederländische Abteilung hat ein Team von rund 30 engagierten und spezialisierten Kinderrechtsexpertinnen und -experten. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von „Defence for Children“ ist eine Gruppe von sieben externen Expertinnen und Experten aus der Forschung, für die Ausbildung und Beratung beteiligt.

Wie funktioniert das?

„Defence for Children“ setzt sich für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und damit zusammenhängender internationaler Beschlüsse ein. In dem Bildungsprogramm der Organisation geht es um die Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle Kinder. Die Aktivitäten, um dieses Ziel zu erreichen, sind vielfältig: individuelle Rechtsberatung, Information, Schulung und Beratung, Forschung, Lobbyarbeit, Kampagnen und strategische Prozesse.



Wie gelingt hier Inklusion?

Hier ist die Vision von inklusiver Bildung kombiniert mit faktenbasierter Forschung. Die Verbindung von und mit Menschen und Organisation, die sich Wandel wünschen und sich dafür einsetzen, lässt die nötige Kraft freierwerden. Das Projektteam von „In1school“ ist sich sicher: Auch der Mix verschiedener Strategien, mit der es das Ziel der inklusiven Schule verfolgt, macht den Erfolg aus.

Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Bewusstseinsbildung an Schulen

Projekt „ Soziale und schulische Inklusion im Südwesten Perus“, Peru

Auf der Bühne: Dr. Andres Moran Tello, Abteilungsleiter für Sozialprojekte
Rafael Quispe Chura, Projektkoordinator
Valentina Lavado Fernandez, Inklusionsberaterin

Projektträger: Cáritas del Peru

Internet: www.caritas.org.pe
www.caritas-international.de

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt unterstützt das inklusive Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung an Grundschulen im Süden Perus. Häufig sind Kinder mit Behinderung von hochwertiger Bildung und Rehabilitation ausgeschlossen. Oft gibt es keinen ausreichenden familiären und sozialen Zusammenhalt, der jungen Menschen mit Behinderung ermöglichen könnte, ihre Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen.



Caritas Peru führt das Projekt im Süden Perus in den Regionen Tacna, Moquegua und Arequipa in Abstimmung mit der Caritas der Diözese dieser Regionen und Caritas international durch. Es wird vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und befindet sich nun in seiner zweiten dreijährigen Phase (2016-2018).

Schwerpunkte des Projekts sind

- die Eingliederung von Kindern mit Behinderungen in reguläre Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen,
- ihre Eingliederung in Familien und Gesellschaft,
- die berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit Behinderungen, die inklusiv ausgerichtete Bildungseinrichtungen absolviert haben und
- die Stärkung interkultureller institutioneller Netzwerke und Organisationen von Menschen mit Behinderungen und deren Eltern, um die politische Agenda zu beeinflussen und das Bewusstsein für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern.



Übergeordnetes Projektziel ist, zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft beizutragen, die die menschliche Vielfalt respektiert und in der Menschen mit Behinderungen ihre Rechte wahrnehmen können.

Die angestrebten Ergebnisse des Projekts sind:

- Die Kapazitäten öffentlicher Bildungseinrichtungen für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in den Projektregionen werden verstärkt.
- Die technischen und sozio-emotionalen Fähigkeiten von Familien mit Kindern mit Behinderungen werden gestärkt, um die durch das Projekt geförderten Inklusionsprozesse aktiv zu unterstützen.
- Die Inklusion in Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen mit Behinderungen wird verbessert.
- Die Kapazitäten sozialer Organisationen, die sich für Inklusion einsetzen, werden gestärkt, damit sie wirksame Lobbyarbeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen leisten können.

Direkt profitieren konnten bislang 370 Kinder mit Behinderungen, die 56 Bildungseinrichtungen (Erst-, Primar- und Sekundarschule) besuchen. Indirekt erreicht werden 1.708 Lehrer/innen, 27.943 Schüler/innen und 13 lokale Teams des peruanischen „Servicio de Apoyo y Asesoramiento para la Atención de Necesidades educativas especiales“ (SAANEE) (deutsch: Hilfs- und Beratungsdienst für besonderen pädagogischen Unterstützungsbedarf).

Um wirksam arbeiten zu können, wurden Kooperationen mit verschiedenen Akteuren im Bildungssektor (z. B. regionalen Schulbehörden, Bildungsministerium) sowie mit Organisationen und Institutionen (z. B. Nationaler Rat für die Integration behinderter Menschen – CONADIS) eingerichtet.

Wie funktioniert das?

Die Projektstruktur auf nationaler Ebene von Caritas Peru umfasst einen hauptamtlichen Projektkoordinator, eine Person für die berufliche Inklusion, einen Trainer für Lehrer/innen und einen Trainer für Gemeinden, um verschiedene Stakeholder in diesem Bereich zu stärken.

In jeder Region gibt es bei der Caritas zwei Fachkräfte – eine/n Projektkoordinator/in auf lokaler Ebene für die schulische und berufliche Eingliederung und eine Person für die Familien- und Sozialarbeit und für die Vernetzung mit Organisationen und Institutionen.

Die lokalen Teams des staatlichen Dienstes SAANEE sind wesentlich am schulischen Eingliederungsprozess beteiligt, da sie die Lehrer/innen unterstützen und auch an der Prävention von Behinderungen arbeiten. Das Projekt richtet sich nicht nur an Lehrer/innen und Leitungen von Bildungseinrichtungen, sondern auch an Schüler/innen und Familien mit dem Ziel, das Bewusstsein für die Themen Behinderung und Inklusion zu schärfen. Fortschritte und Einhaltung der Projektziele werden regelmäßig überprüft.



Wie gelingt hier Inklusion?

Folgende Faktoren sind für die Projektleitung ausschlaggebend für das Gelingen: Die erfolgreiche Vernetzung mit nationalen, regionalen und lokalen Institutionen sind wichtig für die Entwicklung des Projektes, die Vorschriften des peruanischen Bildungsministeriums geben einen hilfreichen rechtlichen Rahmen. Auch die breite Akzeptanz der Caritas in der Behindertenarbeit trägt zum Erfolg bei.

Qualifizierte Fachkräfte, die bestrebt sind, ihre Fähigkeiten ständig zu verbessern und sich ehrgeizig den Herausforderungen des Projektes stellen, machen den Erfolg genauso aus wie der konstruktive Austausch mit allen Beteiligten.

Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Bewusstseinsbildung an Schulen

Projekt „STAND FORTH – fatevi avanti!“, Italien

(Deutsch: komm voran)

Auf der Bühne: Dr. Rosaria Maria Petrella, Ministerium für Bildung, Universität und Forschung, Rom, Italien

Projektträger: Ministerium für Bildung, Universität und Forschung, Rom, Italien

Internet: <http://www.miur.gov.it/web/guest/DGSIP>

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Basierend auf der UN-BRK und der EU-Jugendstrategie hat das italienische Ministerium für Bildung, Universität und Forschung anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2015 ein Projekt öffentlich vorgestellt, das die aktive Teilnahme von Schüler/innen mit und ohne Behinderung fördern soll.

Für sie wurde eine Anhörung vor Vertreterinnen und Vertretern des Parlaments organisiert – in Anwesenheit des Staatspräsidenten, der Präsidenten der Abgeordnetenkammer und des Senats sowie des Bildungsministers. Ziel der Veranstaltung war es, junge Menschen mit und ohne Behinderungen zu versammeln und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme zu erheben, ihre Vorstellungen von einer inklusiven Schule zu vermitteln, ihre Bedürfnisse und Erwartungen auszudrücken und ihre Projekte für die Zukunft miteinander zu teilen.



Alle Schüler/innen haben vorbereitend zu diesem Termin im Unterricht gearbeitet und die Frage diskutiert: „Was ist Deine Meinung zu inklusiver Bildung?“

Danach trafen sich Schüler/innenvertretungen aller Regionen Italiens am 2. Dezember 2015 im Ministerium für Bildung, Universität und Forschung, wo sie in Arbeitsgruppen über die folgenden Themen diskutierten:

- 1) Barrierefreiheit: Wie beurteilt Ihr die Zugänglichkeit zu Räumen, Informationen, Aktivitäten, Lerninhalten, Unterrichtsmaterialien und Gremien?
- 2) Schulleben: Was macht Deine Schule, um Dich bestmöglich und bedarfsgerecht zu fördern? Glaubst Du, dass Du einen wichtigen Beitrag zum Miteinander in der Klasse und an der Schule leisten kannst?
- 3) Dein persönliches Vorankommen: Hast Du das Gefühl, dass das, was Du in der Schule (er-)lebst, wichtig für Dich und Deine individuelle Entwicklung ist, für das, was Du Dir für Deine Zukunft wünschst?

4) Vorschläge: Was würdest Du vorschlagen, um die Inklusion an italienischen Schulen zu verbessern? Was würdest Du den Verbänden von Menschen mit Behinderungen vorschlagen, um die Interessen von jungen Menschen mit Behinderungen besser vertreten zu können?

Am Ende erarbeiteten die Gruppen ein Dokument mit ihren Überlegungen und Forderungen, das am 3. Dezember 2015 in der Abgeordnetenkammer an die Präsidenten der Kammer und des Senats, die Abgeordneten und den Bildungsminister verteilt wurde.

Ausgehend von diesen Forderungen sollte am 3. Dezember 2017 eine nationale Umfrage gestartet werden, die sich an alle Schüler richtet, die im laufenden Schuljahr eingeschrieben sind (7.757.849, davon 234.658 mit Behinderungen).

Wie funktioniert das?

Inklusion für Schüler/innen mit Behinderungen begann mit zwei Gesetzen: Das eine sieht das Recht für Alle auf Unterricht in allgemeinen Klassen vor (Gesetz Nr. 118/1971), das andere hat die Sonderschulen abgeschafft (Gesetz Nr. 517/1977). Seitdem besucht der Großteil der Schüler/innen mit Behinderungen in Italien den Regelunterricht in allen Bildungstufen.



In der italienischen Verfassung ist das Prinzip der Inklusion verankert: Dazu gehört die Beseitigung aller Barrieren, die die volle Entfaltung des Menschen verhindern und die Bejahung des Rechts auf Bildung für Alle.

Gemäß Artikel 24 der UN-BRK und der europäischen Sozialcharta werden Schüler/innen und Studierende mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allgemeinbildenden Klassen an den (Hoch-)Schulen in den Gemeinden, in denen sie leben, unterrichtet. Ihnen

wird eine gleichwertige Ausbildung mit zusätzlichen Unterstützungen, Dienstleistungen und Unterkünften garantiert, die auf die Bedürfnisse jedes Kindes zugeschnitten sind. Diese Anforderungen sind im italienischen Recht verankert.

Für jede Schülerin und jeden Schüler mit Behinderungen wird ein persönlicher Bildungsplan erstellt, der gemeinsam von Fachärztinnen und -ärzten sowie Lehrerinnen und Lehrern in Zusammenarbeit mit den Familien erstellt wird. Dieser Plan enthält das „Lebensprojekt“ der Schüler/innen mit Behinderungen mit Aktionen, die von der Schule über die Arbeit bis zu sozialen Rechten reichen.

In diesem Rahmen setzt sich das vorgestellte Projekt „STAND FORTH – fatevi avanti!“ dafür ein, die aktive Teilnahme von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen an ihrem Schulleben und an Strategien für schulische inklusive Bildung zu ermöglichen.

Wie gelingt hier Inklusion?

Bei diesem Projekt sind alle Schüler/innen mit und ohne Behinderungen erreicht worden – so sind die besten Möglichkeiten dafür gegeben, dass sie ihre Ideen von einer inklusiven Schule, ihre Bedürfnisse und Erwartungen zum Ausdruck bringen können.

Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreiheit von Waren und Dienstleistungen

Projekt: „Funka“, Schweden

(Deutsch: Der Name „Funka“ ist ein Wortspiel aus den schwedischen Begriffen für ‚Funktion‘ und dem Ausruf ‚whow, es funktioniert!‘)

Auf der Bühne: Susanna Laurin, Geschäftsführerin Funka

Projektträger: Funka Nu AB, Stockholm, Schweden

Internet: www.funka.com

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Funka wurde in den 1990er Jahren als gemeinnützige Initiative aller Behindertenorganisationen in Schweden gegründet. Die gemeinnützige Organisation mit ihrem Wissen, Personal und der technischen Ausstattung wurde im Jahr 2000 in ein Privatunternehmen umgewandelt. Heute ist Funka Marktführer im Bereich Barrierefreiheit und pflegt gute Kontakte zu den Organisationen der Nutzer/innen, was ein hohes Niveau der Qualitätskontrolle aller Leistungen gewährleistet. Die Spezialistinnen und Spezialisten von Funka zählen zu den weltweit führenden Experten für Web Accessibility.

Funka hat Büros in Stockholm, Oslo und Madrid und Kunden aus der ganzen Welt und ist Mitbegründer der International Association of Accessibility Professionals, IAAP.

Funka arbeitet an der Barrierefreiheit von digitalen Nutzeroberflächen in Bezug auf Inhalte, Design, Web, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und Dokumente in verschiedenen Formaten wie Apps, Ticketautomaten und Geldautomaten, aber auch Schilder und andere Informationsarten.

Eine Abteilung des Unternehmens beschäftigt sich mit der Barrierefreiheit in der städtischen Raumplanung, mit Orientierung und Akustik sowie damit, welche Bedürfnisse Personen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Behinderungen haben und wie mit ihnen kommuniziert werden kann.

Alle Aktivitäten des Unternehmens basieren auf praktischen Tests, Erfahrungen und wissenschaftlichen Methoden. Rund 20 Prozent des Umsatzes stammen aus der Forschung – Funka arbeitet mit mehreren führenden Universitäten zusammen.





Durch die glaubwürdige Arbeitsweise und Standardisierung setzt Funka neue Maßstäbe für die Entwicklung, Analyse und Formulierung von Anforderungen an die Barrierefreiheit.

Im Auftrag der Europäischen Kommission hat das Unternehmen unter anderem eine Methodik entwickelt, um den Stand der Netz-Barrierefreiheit in allen EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, U. S. A., Kanada und Australien zu messen. Die Expertinnen und Experten von Funka tragen zur Arbeit nationaler, internationaler und europäischer Normungsgremien bei, z. B. bei der Entwicklung europäischer Anforderungen für die Zugänglichkeit bei öffentlichen Aufträgen (EN 301 549). Zusätzlich hat Funka die autorisierte Übersetzung der Richtlinien für barrierefreie Web-Inhalte (WCAG 2.0) ins Schwedische durchgeführt.

Das Unternehmen ist Partner anderer Technologie-Anbieter wie EPiServer Solution, Microsoft oder Adobe. Durch die unternehmenseigene Stiftung betreibt Funka auch das „Funkaportalen“, einen Treffpunkt für Menschen mit Behinderungen.

Das Unternehmen beschäftigt 46 Mitarbeiter/innen.

Wie funktioniert das?

Funka implementiert Barrierefreiheit durch Beratung, Qualitätsmanagement durch z. B. Audits und Benutzer/innen-Tests, strategische Empfehlungen, Politikberatung, Standardisierung, Forschung und Innovation.

Wie gelingt hier Inklusion?

Bei Funka steht Inklusion im Mittelpunkt aller Aktivitäten – auch in der Personalpolitik.

Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreiheit von Waren und Dienstleistungen

Projekt: „Universal Design in Tourism Services“, Irland

(Deutsch: Universelles Design für den Tourismus)

Auf der Bühne:	Elizabeth O’Ferrall, National Standards Authority of Ireland (NSAI)
Projektträger:	National Standards Authority of Ireland (NSAI) (deutsch: Nationale Normungsbehörde Irland)
Internet:	http://universaldesign.ie/Products-Services/Customer-Engagement-in-Tourism-Services/

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Touristinnen und Touristen über 50 Jahre geben 40 Prozent mehr Geld für den Urlaub aus als die unter 30-Jährigen und machen im Durchschnitt fünf bis sechs Mal pro Jahr eine Auszeit. Menschen mit Behinderungen in Europa und weltweit erwarten darüber hinaus zunehmend ein barrierefreies Urlaubserlebnis.



Die Kundenkommunikation ist dabei ein Schlüsselement. Im Jahr 2012 wurden laut NSAI 54 Prozent der Reisen online gebucht. Nur 27 Prozent der Tourismuskundinnen und -kunden waren jedoch der Meinung, dass die Reise-Websites einfach und barrierefrei zu benutzen sind. Die meisten anderen Formen der barrierefreien Kommunikation konzentrieren sich hauptsächlich auf Unterkünfte für Menschen mit Behinderungen – Speisekarten in Braille-Schrift sind dafür ein Beispiel. Dabei werden viele einfache Design-Anpassungen und andere unaufwändige, aber wirksame Adaptionen oft nicht bedacht, die die Kundenkommunikation barrierefreier für alle machen können: größere Schriftgrößen und ein klares Druckbild, aufgeräumte und einfach zu nutzende Websites usw.

Die Toolkits der National Standards Authority of Ireland zeigen die Vorteile für Unternehmen auf. Dabei geht es nicht um die Einhaltung von Vorschriften, sondern um die Notwendigkeit einer besseren Kommunikation mit den Kundinnen und Kunden. Die Toolkits kombinieren leicht verständliche und lesbare Anleitungen mit Bildern von guten und schlechten Praxisbeispielen und Checklisten, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne oder mit kurzer Schulung sofort verwendet werden können.

Wie funktioniert das?

Tourismusdienstleister wie Hotels, Restaurants und Touristenattraktionen beschäftigen eine große Anzahl von Saisonarbeiterinnen und -arbeitern und haben wenig Zeit, um angemessen mit einer zunehmend diversen Kundschaft zu kommunizieren. Zudem arbeiten Anbieter von Tourismusdienstleistungen mit sehr geringen Gewinnspannen, hier stehen nur wenige Ressourcen zur Verfügung, um das Personal für die Verbesserung der

Gestaltung ihrer Kommunikation z. B. online oder per Telefon zu sensibilisieren. Das Management verfügt häufig nicht über eine formale Ausbildung in Universal Design und sieht die Barrierefreiheit als eine schwierige Aufgabe an, die mehr mit der Einhaltung von Gesetzen als mit einem Wettbewerbsvorteil zu tun hat.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Anbieter von Tourismusedienstleistungen nach kommunikativen Lösungen suchen, die klar, leicht und verständlich sind – von der Website und Social Media über



Buchungsformulare, Broschüren, Speisekarten bis hin zu Telefondiensten sowie zur wichtigen persönlichen Kommunikation zwischen Touristinnen und Touristen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der Normenkatalog „Irish Standard I.S. 373: 2013 – Universal Design for customer engagement in tourism services (CEUD)“ (deutsch: Universelles Design für Kundenbindung in touristischen Dienstleistungen) wurde 2013 veröffentlicht. Er ist Ergebnis der Zusammenarbeit des „Center for Excellence in Universal Design“ (CEUD),

der National Standards Authority Irlands und Fáilte Ireland, der irischen Tourismusbehörde. Dieser nationale Standard wurde zudem in enger Zusammenarbeit mit wichtigen Interessensgruppen aus dem Tourismus und Organisationen entwickelt, die Menschen mit verschiedenen Behinderungen repräsentieren.

Mehrere Toolkits sollen dazu dienen, Tourismusanbietern notwendige Hilfestellungen zu geben, um diese Standards zu implementieren und Universelles Design bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für ihre Kundinnen und Kunden anzuwenden.

Die Toolkits

- enthalten Module für die schriftliche, mündliche und webbasierte Kommunikation und belegen diese mit Argumenten aus wirtschaftlicher Perspektive,
- sind für eine schnelle und einfache Schulung des Personals konzipiert,
- können mit wenig oder keinen zusätzlichen Kosten angewendet werden und
- sind praktisch, einfach zu bedienen und zu verstehen.

Im Anschluss an die Entwicklung der Normenkataloge und Toolkits verpflichtete sich das „Centre for Excellence in Universal Design“, dem Tourismussektor durch die Erarbeitung von vier Fallstudien mit Tourismusunternehmen in Irland die wirtschaftlichen Vorteile eines Universal-Design-Konzepts für die Kundenkommunikation nachzuweisen.

Wie gelingt hier Inklusion?

Die Toolkits und der Normenkatalog wurden in einem umfangreichen Beratungsprozess entwickelt, der vom CEUD initiiert wurde. Eine Liste aller Behindertenorganisationen, die an der Entwicklung des Normenkatalogs beteiligt waren, ist in seinem Anhang enthalten (online erhältlich unter dem o. g. Link). Weiterhin sind die Ergebnisse von drei Workshops in die Entwicklung der Toolkits eingeflossen, an ihnen waren Menschen mit Behinderungen und andere Nutzer/innen mit unterschiedlichen Kommunikationsbedürfnissen beteiligt wie beispielsweise ältere Menschen oder Personen, deren Muttersprache nicht Englisch ist.

Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreiheit von Waren und Dienstleistungen

Projekt: „Promoting Accessibility in Ethiopia: Guide to Accessible Ethiopia“, Äthiopien

(Deutsch: Förderung der Barrierefreiheit in Äthiopien: Leitfaden für barrierefreies Äthiopien)

Auf der Bühne:	Melaku Tekle Zengeta und Emebet Girma Lema, beide Ethiopian Center for Disability and Development (ECDD) (Deutsch: Äthiopisches Zentrum für Behinderung und Entwicklung)
Projektträger:	Ethiopian Center for Disability and Development (ECDD) (Deutsch: Äthiopisches Zentrum für Behinderung und Entwicklung)
Internet:	www.ecdd-ethiopia.org/publication.html

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt „Förderung der Barrierefreiheit in Äthiopien“ mit finanzieller Unterstützung von LICHT FÜR DIE WELT (Österreich) wurde im Januar 2012 vom Ethiopian Center for Disability and Development (ECDD) ins Leben gerufen und lief bis Juli 2014.

Hauptziel des Projekts war es, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen zu fördern, indem diese in ausgewählten öffentlichen Gebäuden, Unternehmen und Dienstleistungen bewertet wurde und relevante Informationen für nationale und internationale Besucher/innen sowie für die Nutzung von Ortsansässigen mit Behinderungen bereitgestellt. Das Projekt beinhaltete auch ein Seminar für Architektinnen/Architekten, Stadtplaner/innen, Bau-Ingenieurinnen und -Ingenieure, Bauunternehmer/innen sowie Bauherren, um das Bewusstsein für Barrierefreiheit und internationale Standards zu schärfen.



ECDD ist eine äthiopische zivilgesellschaftliche Entwicklungsorganisation, die inklusionsorientierte Entwicklung im Land fördert. Sie arbeitet mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um zu zeigen, wie Menschen mit Behinderungen und ihre Familien in die allgemeinen Dienstleistungs- und Entwicklungsprogramme einbezogen werden können. Durch die Partnerschaft mit LICHT FÜR DIE WELT konnte ECDD weiterhin technische Informationen zu Standards der

Barrierefreiheit für staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, Universitäten und den Privatsektor bereitstellen.

Wie funktioniert das?

Das Projekt wurde in der Hauptstadt Addis Abeba und in 12 weiteren Städten im ganzen Land umgesetzt. 26 ECDD-geschulte Gutachter/innen mit Behinderungen haben Umfragen zur Barrierefreiheit ausgewählter Dienste und Angebote für Menschen mit Behinderungen durchgeführt, darunter Hotels, Restaurants, Cafés, Einkaufszentren, medizinische Einrichtungen, Bibliotheken, Museen, Freizeiteinrichtungen, Shopping-Center und andere öffentliche Gebäude. Die Standorte wurden auf einer vom Projekt erstellten Checkliste als zugänglich, teilweise zugänglich oder nicht zugänglich eingestuft. Auf der Grundlage der Ergebnisse wurde 2014 ein „Leitfaden für barrierefreies Äthiopien“ erstellt und veröffentlicht. Ein modularer Reiseführer besteht aus fünf regionalen Reiseführern zu den Regionen Amhara (Bahir Dar, Gondar und Lalibela), Eastern Region (Dire Dawa und Harar-Gemeinden), Oromia (Adama, Debre Zeit und Jimma), den südlichen Nationen, Nationalitäten und Völkern (Hawassa und Arba Minch) und der Tigray-Region (Axum und Mekele).

Wie gelingt hier Inklusion?

Die Inklusion und aktive Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Frauen und Männern mit Behinderungen in die Gemeinschaft erfordert barrierefreie Umgebungen, einschließlich des barrierefreien Zugangs zu öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen. Das öffentliche Bewusstsein für diesen Aspekt des Gemeinschaftslebens fehlte jedoch. Das Projekt trug zu einem erhöhten Bewusstsein für Probleme der Barrierefreiheit in den ausgewählten Städten bei, indem es mit verschiedenen Akteuren und Interessenvertreterinnen und -vertretern aus den Feldern Architektur und Stadtplanung sowie mit Organisationen von Menschen mit Behinderungen zusammenarbeitete. Aus diesem Grund war es möglich, die Regierung zu überzeugen, wichtige Standards der Barrierefreiheit in eine neue Bauverordnung aufzunehmen.



Weitere Faktoren, die zum Erfolg des Projekts beigetragen haben: Die Durchführung der Barrierefreiheitsprüfung durch Gutachter/innen mit Behinderungen war ein Faktor, der den Bauherren und -unternehmen die Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen vor Augen führte und mehrere Besitzer von geprüften Einrichtungen veranlasste, Änderungen an der Zugänglichkeit vorzunehmen. Das Projekt förderte die Entwicklung von lokal angemessenen und realisierbaren Standards, basierend auf den internationalen Standards, die als Referenz bei den Audit-Umfragen verwendet wurden.

Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Umsetzung von Artikel 12 UN-BRK

Projekt „Voices of Individuals: Collectively Exploring Self-determination (VOICES)“, Irland (Deutsch: Stimmen von Einzelpersonen: Gemeinsame Erforschung der Selbstbestimmung)

Auf der Bühne: Clíona de Bhailís, Centre for Disability Law & Policy, National University of Ireland, Galway, Irland, (deutsch: Zentrum für Behindertenrecht und -politik, National-Universität Irland)

Projektträger: Centre for Disability Law & Policy, National University of Ireland, Galway, Irland

Internet: www.ercvoices.com
www.nuigalway.ie/cdlp/index.html

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Unter der Leitung von Dr. Eilionóir Flynn läuft das Projekt VOICES von Juni 2015 bis November 2018. Neben ihr besteht das Projektteam noch aus einem Postdoktoranden, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einer Verwaltungsassistentin. Das Ziel des Projektes ist die Gesetzesänderung bezüglich des Rechtes auf Rechtsfähigkeit für Menschen mit Behinderungen. Das Recht auf Rechtsfähigkeit ist das Recht, Entscheidungen zu treffen, die rechtliche Konsequenzen haben und die vom Gesetz respektiert werden.



In dem Projekt VOICES geht es darum, wie Menschen mit Behinderungen von Justiz und Rechtsordnung behandelt werden, wenn sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen wollen. Dazu verfolgt das Projekt einen innovativen Ansatz für die Reform des Rechtes auf Rechtsfähigkeit, indem es die Geschichten von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Auf der Basis dieser Geschichten sollen Rechts- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler fundierte Ideen für eine Rechtsreform entwickeln. Das Projekt befasst sich mit vier Schlüsselbereichen der Rechtsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen: strafrechtliche Verantwortung, vertragliche Befugnisse, Einwilligungsfähigkeit in medizinische Behandlungen und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Wie funktioniert das?

VOICES bildet Tandems aus Geschichtenerzähler/innen, die über gelebte Erfahrungen mit Behinderungen verfügen, und Gesprächspartner/innen verschiedener Fachrichtungen: der Rechtswissenschaft, der Inklusionspraxis, der Sozialwissenschaften, Anthropologie, Ethnologie, Psychologie, Neurowissenschaft oder

Philosophie oder andere Menschen mit Interesse an Behinderung, Menschenrechten und Entscheidungsprozessen. Sie werden zu Co-Autorinnen und -Autoren.



Nach dem ersten Workshop des Projekts im April 2016 wurden 16 Geschichtenerzähler/innen und 16 Gesprächspartner/innen ausgewählt. Die Geschichtenerzähler/innen und die Gesprächspartner/innen besuchen insgesamt mindestens drei Workshops in einem Zeitraum von drei Jahren.

Gemeinsam schreiben die Tandems an einem Kapitel über die Erfahrungen eines Menschen mit Behinderung und wie inklusive Lösungen aussehen könnten. Diese Kooperationen sollen nach Abschluss des Projekts in

einem Buch veröffentlicht werden – verbunden mit der Hoffnung, dass so rechtliche Reformen für Menschen mit Behinderungen angestoßen werden.

Wie gelingt hier Inklusion?

Ein Großteil der Literatur über die Rechtsfähigkeit und ihre unterstützte Ausübung im allgemeinen Rechtsrahmen wurde von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ohne Behinderungen entwickelt – und nicht von Menschen mit Behinderungen. Dies trifft oft auch auf die Gesetzesreformprozesse auf nationaler Ebene zu. Werden Menschen mit Behinderungen einbezogen, dann zumeist nur in symbolischer Weise. VOICES hingegen will durch Erzählungen über die Einschränkung und/oder Verweigerung der Rechtsfähigkeit die gelebte Erfahrung von Menschen mit Behinderungen sichtbar machen, um fundierte Empfehlungen für Gesetzesreformen zu entwickeln.

Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Umsetzung von Artikel 12 UN-BRK

Projekt: PO-Skåne (Personal Ombudsman in Skåne), Schweden

(Deutsch: Persönlicher Ombudsmann (Vertrauensmann) in Schonen, Schweden)

Auf der Bühne: Maths Jespersen, Gründer PO-Skåne
Lars-Olof Ljungberg, Vorsitzender PO-Skåne

Projektträger: PO-Skåne, Lund, Schweden

Internet: www.po-skane.org

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

PO-Skåne hilft Menschen, die aufgrund einer psychischen Behinderung einen komplexen Pflegebedarf haben, durch die unterstützte Entscheidungsfindung. PO-Skåne startete als eines von zehn Pilotprojekten, die vom schwedischen Parlament von 1995 bis 1999 finanziert wurden. Aufgrund der positiven Ergebnisse der Pilotprojektevaluation beschloss das Parlament im Jahr 2000, das PO-System dauerhaft auf ganz Schweden auszudehnen. Seitdem ist PO-Skåne ein ständiges Angebot für Personen mit schweren und schwersten psychischen Beeinträchtigungen, das von 18 professionellen persönlichen Ombudsmännern und -frauen in 14 Gemeinden geleistet wird. Die persönlichen Ombudsmänner und -frauen haben eine selbstständige Position im Sozialdienstsystem einer Gemeinde.



Inzwischen arbeitet das Projekt auch in Oslo (Norwegen), viele weitere Länder haben bereits ihr Interesse bekundet, diesen Service anzubieten.



Wie funktioniert das?

Die Kontaktaufnahme zu einer/einem PO erfolgt persönlich oder über die entsprechenden sozialen oder psychiatrischen Dienste oder Selbstorganisation.

Der erste Schritt eines PO besteht darin, eine vertrauensvolle Beziehung zur/zum Klientin/Klienten aufzubauen. Das heißt: Ein/e PO steht hundertprozentig auf der Seite der/des Betreuten, selbst wenn deren/dessen Interessen den Meinungen anderer Fachleute widersprechen sollten.

Ist das Vertrauen hergestellt, wird die/der PO von der Klientin/dem Klienten beauftragt. Im dritten Schritt erstellen die PO und die Auftraggeber/innen einen gemeinsamen Aktionsplan.

Zumeist arbeiten die PO im Auftrag der Kommunen, an manchen Orten arbeiten sie für Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dabei arbeitet jede/r PO zeitgleich für 12 bis 20 Klientinnen und Klienten.

Belege für den Erfolg:

- Der PO-Betrieb reduziert die Kosten pro unterstützter Person über einen Zeitraum von fünf Jahren um ca. 80.000 Euro.
- Seit 2013 ist das PO-System Teil des regulären Sozialsystems.
- Der/die PO wurde von der schwedischen Nationalbehörde für Gesundheit und Wohlfahrt als neuer sozialer Beruf anerkannt.



Wie gelingt hier Inklusion?

Ein PO ist eine hochqualifizierte Person, die zu 100 Prozent im Auftrag ihrer Kunden arbeitet. Ein PO macht nur das, was seine Kundinnen und Kunden wollen und hat keine versteckte Agenda.



Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Umsetzung von Artikel 12 UN-BRK

Projekt „Options for Supported Decision-Making to Enhance the Recovery of People Experiencing Severe Mental Health Problems“, Australien

(Deutsch: Unterstützte Entscheidungsfindung zur besseren Genesung von Menschen mit schweren psychischen Problemen, Australien)

Auf der Bühne: Lisa Brophy, Associate Professor, Centre for Mental Health, Melbourne School of Population and Global Health, The University of Melbourne

Projekträger: Melbourne Social Equity Institute, University of Melbourne (deutsch: Institut für soziale Gerechtigkeit, Universität Melbourne), finanziert vom Australian Research Council Linkage Projects scheme

Internet: <http://research.healthtalkaustralia.org/supported-decision-making/resources-and-information>
<http://healthtalkaustralia.org/wp-content/uploads/2017/09/Kokanovic-et-al-2017-Mental-Health-and-Supported-Decision-Making-ARC-LP-Project-Report-.pdf>

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Dieses Projekt zur unterstützten Entscheidungsfindung beschäftigt sich auf der Basis von Interviews mit den Entscheidungserfahrungen von Menschen mit schwerwiegenden psychischen Gesundheitsproblemen, ihren Familien und anderen informellen Unterstützern und Fachleuten aus Psychotherapie und Psychiatrie.

Das Projekt wird von 2014 bis 2018 vom Australian Research Council finanziert und von sechs australischen Partnerorganisationen unterstützt: Victorian Department of Health and Human Services, Mind Australia, Neami National, Wellways, VMIAC und Tandem Carers. Dieses Projekt wurde von einer internationalen Beratungsgruppe geleitet, die zur Qualitätssicherung beitrug.



THE UNIVERSITY OF
MELBOURNE

Wie funktioniert das?

Menschen, die unter schweren psychischen Gesundheitsproblemen leiden, erleben häufig einen Verlust der Selbstbestimmung, denn es gibt Gesetze, die es anderen ermöglichen, Entscheidungen für sie treffen oder über ihre Entscheidungsfähigkeit zu urteilen. Die UN-BRK, die auch Australien ratifiziert hat, will Verbesserungen

vorantreiben, und die Menschenrechtsperspektive auch in Bezug auf psychische Gesundheit und soziale Dienste geltend machen – und es sind bereits Fortschritte in Gesetzgebung, Richtlinien und Praxis sichtbar.

Das „Personal Recovery Model“ (deutsch: persönliches Genesungsmodell) bewertet Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen. Die Wahrung von Ansichten und Präferenzen bei der Entscheidungsfindung wird dabei respektiert.

„Unterstützte Entscheidungsfindung“ bedeutet, dass die Betreuten die rechtliche Autorität behalten, um Entscheidungen zu treffen. Das Modell bezieht die Klientinnen und Klienten ein, sie erhalten Unterstützung von anderen, um Alternativen in Betracht ziehen und eine konkrete Entscheidung treffen zu können.



Dieses Projekt dokumentiert die Erfahrungen, Ansichten und Präferenzen von Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen, ihrer Familienmitglieder und anderer Unterstützer und Psychotherapeutinnen/-therapeuten über die unterstützte Entscheidungsfindung, Behandlung und Genesung in Australien.

Das Forschungsteam befragte 90 Personen in dem australischen Bundesstaat Victoria. Der Abschlussbericht des Projektes dokumentiert die Analyse und die

Ergebnisse des Projekts. Er beinhaltet auch eine international vergleichende Analyse von Gesetzen, Richtlinien und Programmen zu unterstützten Entscheidungsprozessen.

Die zwei Websites, die im Rahmen des Projektes entstanden, sind hier zu finden:

<http://research.healthtalkaustralia.org/supported-decision-making/overview> und

<http://research.healthtalkaustralia.org/carers/overview>.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projektes Leitlinien und Faktenblätter entwickelt, um ein besseres Verständnis von unterstützter Entscheidungsfindung und persönlicher Genesung zu entwickeln.

Die Richtlinien und Fact Sheets sind mit Online-Erzählungen und Interviews verknüpft, sie können in Schulungsprogrammen zur Verbesserung der Entscheidungspraxis und als Hilfe für die Politik eingesetzt werden.

Wie gelingt hier Inklusion?

Das Forschungsteam interviewte 90 Menschen im Bundesstaat Victoria und hat auf Basis der Ergebnisse Websites, Fact Sheets und Richtlinien gestaltet, um die unterstützte Entscheidungsfindung zu verbessern. Die Ergebnisse des Projekts haben zu Empfehlungen für die Verbesserung der Dienstleistungen für psychische Gesundheit geführt und die rechtliche Situation und die soziale Eingliederung von Menschen mit schweren psychischen Gesundheitsproblemen in Australien verbessert.

Forum 5: Mehrfachdiskriminierungen von Frauen mit Behinderungen

Projekt: „Philippine Alliance of Women with Disabilities (PaWiD)“, Philippinen

(Deutsch: Philippinische Allianz von Frauen mit Behinderungen)

Auf der Bühne:	Gina Rose Balanlay, PaWiD, Koordinatorin der Arbeitsgruppe zur UN-Frauenkonvention auf den Philippinen (CEDAW) Carolyn Dagani, PaWiD, Präsidentin der Philippinischen Föderation der Gehörlosen Janice Cambri, PaWiD, Gründerin einer Interessenvertretung von Menschen mit psychosozialen Behinderungen auf den Philippinen Lisa Martinez, PaWiD, Mitgründerin der PaWiD und der philippinischen Allianz der Menschen mit chronischen Krankheiten
Projektträger:	Philippinische Allianz der Frauen mit Behinderungen (PaWiD)

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Die Interessenvertretung Philippinische Allianz der Frauen mit Behinderungen (PaWiD) ist eine Untergruppe der Philippinischen Koalition zur UN-Behindertenrechtskonvention und an vielen politischen Prozessen beteiligt.

Die Anfänge von PaWiD lagen im gemeinsamen Engagement mit dem Büro für Frauen- und Menschenrechte bei der Organisation der Arbeitsgruppe zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von



Diskriminierung der Frau (kurz: Frauenkonvention oder CEDAW) im Jahr 2014. Diese sektorübergreifende Gruppe setzte sich für marginalisierte Gruppen ein wie Frauen, Migrantinnen, Hausangestellte, LBT-Frauen (lesbische, bi- und transsexuelle Frauen) und Frauen, die mit HIV/AIDS leben. Die CEDAW-Arbeitsgruppe hat außerdem den Schattenbericht 2016 zur UN-Frauenkonvention erstellt und bildete die philippinische Delegation zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der 64. Sitzung der UN-Frauenkonvention zur Überprüfung

der Philippinen. Außerdem beteiligte sich diese philippinische Delegation auch an der Internationalen Aktionswoche für Frauenrechte „Asia Pacific Global to Local Training“ in Genf.

Durch die Zusammenarbeit der Allianz mit PhilWomen, dem nationalen Netzwerk von Frauenrechtsorganisationen auf den Philippinen, sind nun auch Frauen mit Behinderungen in Kontakt mit einem breiten Spektrum nationaler, regionaler und internationaler Themen wie informelle Wirtschaft, Klimawandel, sexuelle Belästigung, Strafmündigkeit u. a., die sonst ohne diese Zielgruppe diskutiert werden.

Wie funktioniert das?

Die Mitgliedsorganisationen der Philippinischen Allianz der Frauen mit Behinderungen sind hauptsächlich in ihren Zielgruppen tätig, z. B.:

- „Nationale Organisation von sehbehinderten Frauen“ für Blinde und Sehbehinderte,
- „Philippinische Föderation der Tauben“, „Gehörlosen Ressourcen Philippinen“, „Philippinisches Gesundheits- und Krisenzentrum für gehörlose Frauen“ für Gehörlose,
- „Umwandlung von Gemeinschaften für die Inklusion von Menschen mit psychosozialen Behinderungen – Philippinen“ (jetzt „Psychosoziale Behinderungen - Inklusives Philippinen“) für Menschen mit psychosozialer Behinderung und
- „Philippinische Allianz von Menschen mit chronischen Krankheiten“ und „Aufbruch der Frauen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ für Frauen mit eingeschränkter Mobilität.

Die ursprüngliche Bestimmung der Philippinischen Allianz der Frauen mit Behinderungen war die Einbeziehung des Aspekts der Behinderung in die Menschenrechtsbewegung der Frauen anlässlich der Teilnahme am Schattenbericht der UN-Frauenkonvention und an der Delegation zivilgesellschaftlicher Organisationen während der Überprüfung der philippinischen Vertragsstaaten.

Als Bündnis kommt die Allianz weiterhin zusammen. Es entstehen auch schriftliche Eingaben, die sich auf Frauen mit Behinderungen auswirken. Beispiele sind Beiträge

- zu der CEDAW-Generalempfehlung Nr. 19 zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen,
- zu einem geplanten philippinischen Gesetz für Krebskranke und Frauen mit Behinderungen,
- zu Abtreibung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen oder
- zum Engagement bei der Kommission für Menschenrechte der Philippinen.

Wie gelingt hier Inklusion?



Die Offenheit sowohl des PhilWomen-Netzwerks als auch der Philippinischen Allianz der Frauen mit Behinderungen, die gegenseitigen Anliegen zu verstehen, hat zu erfolgreichem Engagement und Inklusion geführt.

Durch ein neues Bewusstsein und die Bereitstellung von Mitteln für barrierefreie Unterbringung, Gebärdendolmetscher/innen, Materialien in barrierefreien Formaten und Zugänglichkeit für Rollstühle können die Frauen der Allianz auch an Foren und Sitzungen teilnehmen, die für die Planung und Durchführung von Aktivitäten von entscheidender Bedeutung sind. Die tragende Rolle des Büros für Frauen- und Menschenrechte hat auch dazu beigetragen, der Allianz neue Möglichkeiten zu eröffnen. Auch das dazugehörige Netzwerk aus Organisationen wie PhilWomen, International Womens' Rights Action Watch, UN Women und anderen hat dabei geholfen, die Allianz zu einem strategischen Partner zu machen, der dafür sorgen konnte, dass die Rechte von Frauen mit Behinderungen in den Mainstream der Frauenbewegung aufgenommen wurden.

Forum 5: Mehrfachdiskriminierungen von Frauen mit Behinderungen

Projekt: „Opfer-Hilfesystem für Frauen und Mädchen mit Behinderungen“, Südkorea

Auf der Bühne: Mi Yeon Kim, Präsidentin Korean Woman with Disabilities Organizations (deutsch: Organisationen der Frauen mit Behinderungen in Korea)

Projektträger: Korean Woman with Disabilities Organizations

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Die schwerwiegendsten Probleme, mit denen Frauen mit Behinderungen in Korea konfrontiert werden, sind sexuelle und häusliche Gewalt. Es gibt bereits einige Präventionsbemühungen, um Frauen und Mädchen auch rechtlich vor sexueller und häuslicher Gewalt zu schützen.

2001 entstanden in Südkorea die ersten neun Zentren für Opfer sexueller Gewalt, die auf Frauen mit Behinderungen spezialisiert sind. Daraus sind inzwischen 23 spezialisierte Zentren geworden, darunter Zentren für Frauen mit Behinderungen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, vier Zentren für Opfer häuslicher Gewalt und neun Opferschutzzentren.



Verschiedene Vereinigungen von Frauen mit Behinderungen betreiben diese Zentren mit der finanziellen Unterstützung des Ministeriums für Gleichstellung und Familie und lokalen Selbstverwaltungen. Das „Korean Woman with Disabilities Organizations“ berät das Ministerium und arbeitet eng mit vielen der Organisationen von Frauen mit Behinderungen zusammen, die die spezialisierten Opferzentren leiten.

Nun werden Frauen und Mädchen mit Behinderungen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, von spezialisierten Polizeibeamtinnen und -beamten für sexuelle Gewalt, Verteidigerinnen/Verteidigern, Zeugenbeistand, Analyse-Expertinnen/-Experten, spezialisierten Untersuchungsbeauftragten usw. unterstützt.

Doch es sind noch nicht alle Aufgaben gelöst, darunter sind: eine bessere Behandlung von Opfern sexueller Gewalt, Unterstützungssysteme, die verschiedene Arten von Behinderungen berücksichtigen, Verbesserung der Wahrnehmung von und des Verständnisses für Frauen mit Behinderungen durch die Justiz.

Wie funktioniert das?

Die Zentren für Frauen mit Behinderungen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, bieten kostenlose Unterstützung bei der Meldung von Vorfällen bei der Polizei, medizinische Versorgung, anwaltliche Hilfe oder die Einschaltung von privaten Ermittlern, zivilrechtliche Maßnahmen, Begleitung bei Gerichtsverfahren, Opferschutz oder bei der Vermittlung von Sozialdiensten. Seit Kurzem bietet die Organisation auch Trainings für

die berufliche Bildung und für ein unabhängiges Leben an, damit die Opfer in ihren Gemeinschaften selbstbestimmt leben können. Darüber hinaus gibt es Öffentlichkeits-Kampagnen, Bildungsangebote, Veröffentlichungen von Forschungen, gemeinsame Aktivitäten mit Frauenverbänden, z. B. zur Prävention und Beseitigung von sexueller Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen oder zur Reform der einschlägigen Gesetze. Die Beratung erfolgt immer persönlich und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frau und ihrer Behinderung sowie der Art des erlittenen Unrechts. Bei gehörlosen Frauen wird ein Gebärdensprachübersetzer bereitgestellt.

Wie gelingt hier Inklusion?

Nach zwei schockierenden Vorfällen 1999 und 2000 begann die koreanische Regierung, spezialisierte Zentren für Frauen mit Behinderungen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, einzurichten, und übergab Organisationen von Frauen mit Behinderungen die Leitung.

1999 zeigte der erste dieser beiden Fälle auf sehr traurige Weise die rechtliche und gesellschaftliche Situation von Frauen mit Behinderungen und insbesondere solcher mit geistigen Behinderungen: In der Region Gangneung wurde eine junge Frau mit geistiger Behinderung von sieben



Dorfbewohnern über mehrere Jahre seit der Grundschule sexuell missbraucht; schließlich brachte sie ein Mädchen zur Welt. Der Vorfall wurde von den Behindertenverbänden und Frauenrechtsvereinen des Bezirks aufgegriffen.

Kurz darauf, im Jahr 2000, ereignete sich in der Region Gunpo ein weiterer Fall, der zeigte, wie Frauen mit Behinderungen in Südkorea sexueller und häuslicher Gewalt ausgesetzt sind: Eine Frau mit geistiger Behinderung ermordete ihren Ehemann, weil er sie über Jahre hinweg missbraucht hatte.

Fortan folgten dem Kampf gegen Gewalt und Vorurteile gegen Frauen mit Behinderungen in Südkorea die Bemühungen, das Thema Rechte von Frauen mit Behinderungen in die Behindertenrechte einzubringen.

Die „Organisationen der Frauen mit Behinderungen in Korea“ hat sich bei nationalen Behinderten- und Frauengesetzen genauso eingebracht wie bei der Erarbeitung von Artikel 6 der UN-BRK.

Obwohl das Thema Frauen mit Behinderungen noch nicht in allen Gesetzen berücksichtigt wird, ist das Bewusstsein für die Probleme von Frauen mit Behinderungen geweckt. Um jedoch eine wirklich inklusive Gesellschaft für Frauen mit Behinderungen zu schaffen und die Wahrung ihrer Rechte in Südkorea zu garantieren, ist nach Einschätzung der Organisation noch viel zu tun, um die diskriminierende Sicht der Gesellschaft auf Frauen mit Behinderungen zu verbessern.

Forum 5: Mehrfachdiskriminierungen von Frauen mit Behinderungen

Projekt: „Inclusive Indonesia: Combating Discrimination and Stigma of Women and Children with Disabilities in Central Java“, Indonesien

(Deutsch: Inklusives Indonesien: Bekämpfung von Diskriminierung und Stigmatisierung von Frauen und Kindern mit Behinderungen in Zentral-Java)

Auf der Bühne: Sunarman Sukamto, Leiter des Projektträgers PPRBM Solo
Tri Silvanto, Leiter Christoffel Blinden Mission Indonesien

Projektträger: PPRBM Solo, Christoffel Blinden Mission Indonesien

Internet: www.pprbm-solo.org
www.cbm.org/Indonesia-252991.php

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Frauen und Kinder mit Behinderungen und ihre Familien sollen in dem Projekt „Inclusive Indonesia: Combating Discrimination and Stigma of Women and Children with Disabilities in Central Java“ gestärkt werden. Das Projekt soll einen Beitrag zu einer behinderten-gerechteren indonesischen Gesellschaft leisten – im Einklang mit der UN-BRK und dem nationalen Aktionsplan Indonesiens.

270.000 Frauen und Kinder mit Behinderungen gibt es in dem Gebiet, in dem „Inclusive Indonesia“ aktiv ist. Dazu gehören fünf Bezirke (Klaten, Boyolali, Wonogiri, Karanganyar, Semarang) und zwei Städte (Semarang und Salatiga).

Basierend auf dem Ansatz des „Community Based Inclusive Development“ (deutsch: Gemeinschaftsbasierte Inklusions-Entwicklung) soll das Projekt dazu beitragen, dass Kinder und Frauen mit Behinderungen von Familien, Gemeinden und Regierungsbehörden umfassend anerkannt, akzeptiert und unterstützt werden und dass Inklusion als Querschnittsaufgabe erkannt wird. Die Zielgruppen des Projektes sind daher nicht nur die Frauen und Kinder selbst, sondern 840 Dorfleiter, 300 lokale Regierungsbeamtinnen/-beamte, 210 Grundschullehrer/innen, 42 Frauenverbände, 140 Journalistinnen und Journalisten aus den lokalen Medien sowie 630 Dorfgesundheitsarbeiter/innen.



Das Projekt wird von der Europäischen Union und der Christoffel Blinden Mission gefördert, der Projektzeitraum beläuft sich auf drei Jahre – von März 2016 bis Februar 2019. Bei dem Projektträger PPRBM Solo arbeiten 14 Projektmitarbeiter/innen an der Umsetzung von „Inclusive Indonesia“.

Wie funktioniert das?

In 15 Selbsthilfegruppen sind bereits 289 Mitglieder – Frauen und Kinder mit Behinderungen und deren Familien – in den 7 Projektgebieten organisiert. Sie erhalten hier Schulungen zu Behindertenrechten und erarbeiten eine Problemanalyse und eine Argumentationsstrategie, um sich selbst für mehr Gleichberechtigung



von Frauen und Kindern mit Behinderungen in Familien und Gesellschaft einsetzen zu können. So sollen sie Zugang zu Informationen und zur Unterstützung durch die relevanten öffentlichen Dienste in ihren Dörfern, Bezirken und Städten erhalten. Auch die Verknüpfung der Selbsthilfegruppen mit den lokalen Behindertenorganisationen ist ein wichtiges Ziel.

In Schulungen erfahren Frauen- und Jugendverbände, lokale Medien und Akteurinnen/Akteure auf Dorf- und Unterbezirksebene mehr über Behinderungen. Im Ergebnis einigten sich die Teilnehmenden darauf, die Gleichberechtigung und Teilhabe von Kindern und Frauen mit

Behinderungen zu fördern, ihren Zugang zu bestehenden Dienstleistungen und Einrichtungen zu verbessern und gegen Vorurteile und Diskriminierung in ihren Dörfern und Städten anzugehen.

Die Hälfte der Dörfer in den Projektgebieten hat sich bereiterklärt, im Jahr 2018 lokale Haushaltsmittel bereitzustellen, um die Bedürfnisse von Frauen und Kindern mit Behinderungen zu unterstützen. Die andere Hälfte der Dörfer plant, 2019 ein Budget für Menschen mit Behinderungen bereitzustellen. Darüber hinaus haben sich die Teilnehmenden bereiterklärt, Menschen mit Behinderungen in weitere Planungen einzubeziehen.

Wie gelingt hier Inklusion?

„Inclusive Indonesia“ sorgt mit einem gut ausgebildeten Team, einem konsequenten Konzept und einem internationalen Netzwerk dafür, dass Menschen mit Behinderungen, insbesondere Kindern und Frauen, von Familien, Gemeinden und Regierungsbehörden akzeptiert und umfassend unterstützt werden. Durch die Bewusstseinsarbeit mit den betroffenen Frauen und Kindern und durch den Dialog mit Vertreter/innen der örtlichen Politik, öffentlichen Dienstleistern und Einrichtungen sorgt das Projekt für den Abbau von Vorurteilen gegenüber Frauen und Kindern mit Behinderungen und deren Diskriminierung.





Forum 5: Mehrfachdiskriminierungen von Frauen mit Behinderungen

Projekt: „Enhancing capacities of Local Authorities and Non-State Actors to address socio-economic concerns of victims of war, children, women and persons with disabilities and their families in Northern and Eastern Province of Sri Lanka“, Sri Lanka

(Deutsch: Kompetenzstärkung lokaler Behörden und nichtstaatlicher Akteure zur Bewältigung sozioökonomischer Belange von Kriegsopfern, Kindern, Frauen und Menschen mit Behinderungen und ihren Familien in der Nord- und der Ostprovinz Sri Lankas)

Auf der Bühne: Aishwaryadevi Kugadhason – Programm-Koordinatorin, Young Men Christian Association (YMCA)
Sivarangini Sivarangan – Lokal-Koordinatorin CACPD
Jegan Jeevaraj Jeevarednam – Geschäftsführer YMCA Batticaloa

Projektträger: Christoffel Blindenmission Sri Lanka (CBM)

Internet: www.cbm.de/unsere-arbeit/projekte-der-cbm/weltkarte/asien/index_398550.html

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt hat die Gleichberechtigung von drei Gruppen im Blick, die in der Gesellschaft Sri Lankas stark gefährdet sind: Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre und es läuft von Februar 2015 bis Januar 2018. Im ersten Schritt hat sich das Projektteam der Christoffel Blindenmission Sri Lanka bei Regierungsvertreter/innen verschiedener Ebenen und dem Sozialdienst für die Genehmigung des Projektes eingesetzt. Es konzentriert sich auf die Stärkung der lokalen Behörden und nichtstaatlicher Akteure in den Distrikten Vavunatheevu, Vaharai und Eravur Pattu im Distrikt Batticaloa sowie in den Distrikten Kopay, Sandlipay und Point Pedro im Distrikt Jaffna.

Für dieses Projekt wurden 20 Projektmitarbeiter/innen ausgewählt, darunter ein Programmkoordinator, Mitarbeiter/innen für Außendienst und Finanzen, ein Verwaltungsbeamter und 30



Moderatorinnen/Moderatoren. Die Moderatorinnen/Moderatoren sammeln projektbezogenen Daten, die sie mit den relevanten Interessengruppen abstimmen. Dabei arbeiten sie eng mit den Regierungsbeamten und den Menschen mit Behinderungen sowie mit von Frauen geführten Haushalten zusammen.

Das Personal von Pradeshiya Saba (Regierungsebene, meint etwa: Landkreis) und Gemeinden wurde verstärkt, um in 42 Dörfern die Bewohner/innen über das Angebot der Regierung zu informieren und die Kenntnisse über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.



Hauptfokus des Projektes liegt in der Förderung eigener Einkünfte von weiblich geführten Haushalten und Menschen mit Behinderungen. Dazu wurden 60 Haushalte mit weiblichem Vorstand und 60 Menschen mit Behinderungen ausgewählt.

Nach Abschluss der Auswahl im Mai 2016 wurden den ausgewählten Begünstigten „Werkzeugkoffer“ mit Instrumenten zur Verfügung gestellt, um für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Darunter Materialien für und über die Lagunen- und Tiefseefischerei,

Geflügel- und Tierhaltung, Ziegelherstellung, Lebensmittelhandel, Landwirtschaft und Gartenbau, Zimmerei und Schneiderei. Das Team der Projektmitarbeiter/innen, Moderatorinnen/Moderatoren, Organisationen und Regierungsmitarbeiter/innen sind an diesem Prozess beteiligt, ebenso an Schulungen zur Unternehmensplanung und zu anderen Inhalten.

Unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Organisationen der Menschen mit Behinderungen und den Pradeshiya Sabas wurde ein neues Bewusstsein für notwendige Hilfestellungen für Menschen mit Behinderungen und ihre Rechte geschaffen.

Wie funktioniert das?

Mit der Unterstützung des Außendienstmitarbeiters und dem Engagement der 30 Moderatorinnen und Moderatoren wurden die Projektaktivitäten in 42 Dörfern durchgeführt. Bei diesem Umsetzungsprozess wurden sie von Regierungsbeamtinnen/beamten unterstützt, um unter auch bei lokalen Behörden und ihren Dienstleistungen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen. Durch die Koordination mit Regierungsfachleuten konnte mit dem Projekt ein neues Bewusstsein für Inklusion erreicht werden. Insbesondere Entwicklungsbeauftragte und Sozialdienstbeauftragte leisten wertvolle Unterstützung für die Verbesserung der Situation von alleinerziehenden Frauen und Menschen mit Behinderungen.

Wie gelingt hier Inklusion?

Durch diese Projektumsetzung setzt das Projekt einen neuen Schwerpunkt auf Haushalte mit weiblichem Vorstand und Menschen mit Behinderungen. Es konnte bereits einiges bewegt werden:

- Die Aktivität zur Bewusstseinsbildung hat viele Veränderungen in den lokalen Behörden bewirkt.
- Die lokalen Behörden haben nun in ihrem jährlichen Budget auch einen Anteil für Menschen mit Behinderungen vorgesehen.
- Jeder Pradeshiya Saba hat zwei Menschen mit Behinderungen in sein Beratungskomitee aufgenommen.
- Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen wurde vom Sozialdienst ermittelt.
- Die Gemeinden beteiligen sich an der Budgetvorbereitung, vor allem an den drei Standorten, an denen die Datenschutzbeauftragten beteiligt sind.
- Die Organisationen für Menschen mit Behinderungen initiieren das Entwicklungsprogramm und die Sonderveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Bereichsleitung.

Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Entwicklung einer inklusiven Infrastruktur

Projekt „Supportive Housing“, Israel (Deutsch: Unterstütztes Wohnen)

Auf der Bühne: Avital Sandler-Loeff, JDC Israel

Projektträger: JDC Israel

Internet: <http://israelunlimited.jdc.org.il/en/node/1179>

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das 2012 gestartete Programm „Supportive Housing“ soll Menschen mit Behinderungen dabei helfen, ein unabhängiges Leben zu führen und dabei gleichzeitig an der Gemeinschaft teilzuhaben – und das kosteneffizient, nachhaltig und anpassungsfähig. Das Programm fördert ein Gefühl der Zugehörigkeit und den Kontakt der

Teilnehmenden untereinander, es setzt sich ein für die Zugänglichkeit von Diensten und das Bewusstsein für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. „Supportive Housing“ hilft jungen Erwachsenen mit Behinderungen bei dem Schritt in die Selbstständigkeit: Sie erhalten Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Wohnungen, Schulungen und Hilfe bei der Umstellung auf einen unabhängigen Lebensstil sowie Beteiligung an sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Das Ziel dieses Programms ist es, jungen Erwachsenen mit Behinderungen einen Übergang zu ermöglichen und sie individuell zu unterstützen, damit sie erfolgreich selbstständig leben können.



Das Programm zielt darauf ab, gemeinsam Hindernisse abzubauen, die junge Erwachsene mit Behinderungen davon abhalten könnten, unabhängig zu leben, z. B. fehlende Unterstützung durch die Eltern, fehlende finanzielle Mittel oder Arbeitslosigkeit. „Supportive Housing“ wurde in Partnerschaft mit dem Joint Distribution Committee (deutsch: Gemeinsamer Verteilungsausschuss) in Israel und mit der israelischen Regierung und der Ruderman Family Foundation entwickelt. Nach der Pilotphase wird das Programm ab 2018/19 Teil des landesweiten Dienstleistungskatalogs für Menschen mit Behinderungen.

Wie funktioniert das?

Soziale Dienste, Fallmanager/innen und Familien arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass die Teilnehmenden die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um einen unabhängigen Lebensstil zu führen. Den Teilnehmenden wird durch das Programm eine Mentorin/ein Mentor zugewiesen. Gemeinsam erarbeiten sie einen individuellen Plan, der auf ihre Bedürfnisse eingeht und die Ziele in Bezug auf ein unabhängiges Leben erfüllt. Gemeinsam mit der/dem Mentor/in erfolgt auch die Suche nach einer Wohnung, die Navigation durch

den komplexen Prozess, um Fördergelder vom Ministerium für Wohnungswesen zu erhalten, die Arbeitsvermittlung, die Eröffnung eines Bankkontos und die Verwaltung der Haushaltsfinanzen. Darüber hinaus bietet „Supportive Housing“ Workshops zur Unterstützung der Familie an, um den jungen Erwachsenen und ihren Eltern bei der Bewältigung von Problemen zu helfen, die sie daran hindern könnten, unabhängig zu leben.

Wie gelingt hier Inklusion?

Dieses Programm ist durch seinen personenzentrierten Ansatz besonders erfolgreich. Die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmenden werden berücksichtigt, um die Ziele zu erreichen, die sie sich selbst gesetzt haben. Die persönliche Beziehung zwischen Mentor/in und Teilnehmenden und das daraus resultierende Vertrauensverhältnis ergeben bleibende Ergebnisse. Niemand sagt den Teilnehmenden, wie sie selbstständig leben – sie erhalten Werkzeuge, die sie dafür brauchen und die auf ihre persönlichen Bedürfnisse und Wünsche zugeschnitten sind.



Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Entwicklung einer inklusiven Infrastruktur

Projekt „Nationale und regionale Strategie für Barrierefreiheit in der Stadtentwicklung Ecuadors“, Ecuador

Auf der Bühne: Fernando Jácome G., Koordinator Auslandsangelegenheiten, Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung der Republik Ecuador
Katherine Chacón M., Koordinatorin Universal Accessibility (deutsch: universelle Barrierefreiheit), Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung der Republik Ecuador

Projektträger: Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung der Republik Ecuador

Internet: www.habitatyvivienda.gob.ec/accesibilidad-universal/

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Diese Strategie soll die Themen Stadtentwicklung und öffentliche Ordnung in Ecuador und Lateinamerika in der Behindertenpolitik stärken und so die umfassende soziale Inklusion und Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an nationalen und regionalen städtebaulichen Strategien zu gewährleisten. Das Projekt basiert auf der ecuadorianischen Methodik für die Entwicklung von Plänen für die Barrierefreiheit, der UN-BRK und dem Fahrplan für nachhaltige Stadtentwicklung Ecuadors.

Wie funktioniert das?

Das Programm besteht aus drei Hauptkomponenten:

1. Die Entwicklung umfassender nationaler öffentlicher Richtlinien, technischer Instrumente und Studien in den Bereichen Barrierefreiheit und integrative Stadtentwicklung. Mit Hilfe der ecuadorianischen Methodik zur Entwicklung von Plänen für die Barrierefreiheit sollen diese Richtlinien zu mehr Sicherheit, Autonomie und Komfort führen. Die Methodik bewertet und misst die Barrierefreiheit von Infrastruktur, Dienstleistungen, Information und Kommunikation anhand von 27 Beobachtungseinheiten, die Elemente in Gebäuden abdecken. Bei öffentlichen Räumen kann diese Anzahl erhöht werden. Jeder Kontrollpunkt wird mit einer Reihe von Parametern aus internationalen Zugänglichkeitsstandards wie „ISO 21542 Hochbau – Barrierefreiheit und Nutzbarkeit von Gebäuden“ gemessen. Die Methodik enthält 496 Maß-Parameter, die in drei Kernindikatoren klassifiziert sind: Sicherheit, Autonomie und Komfort.





2. Die Bereitstellung technischer Fachgutachten für die Entwicklung von inklusiver lokaler Stadtplanung und der nationalen Stadtentwicklung im Rahmen der UN-BRK und dem Fahrplan für die nachhaltige Stadtentwicklung Ecuadors.
3. Technische Hilfe für andere Länder in der lateinamerikanischen und karibischen Region für den Aufbau von binationalen Programmen und nationalen inklusiven Stadtentwicklungsvorhaben (Ecuador hat in Verbindung mit der Versammlung der Minister/innen für Wohnungsbau und Stadtentwicklung Lateinamerikas und der Karibik MINURVI und UNECLAC die Entwicklung der regionalen Stadtentwicklung geleitet).

Wie gelingt hier Inklusion?

Bei diesem Projekt wurden, so die Einschätzung des ecuadorianischen Ministeriums, seit der ersten Phase der Umsetzung der Strategie große Schritte auf nationaler und regionaler Ebene gemacht. Ecuador hat mehrere technische Instrumente, nationale Pläne und lokale Strategien sowie die nationale Stadtentwicklung unter dem Aspekt der Barrierefreiheit und der Rechte von Menschen mit Behinderungen als Kernkonzept für Inklusion und Entwicklung entwickelt. Neben der Konzentration auf diese nationale Aufgabe hat Ecuador die Zusammenarbeit auf mehrere Länder der Region Lateinamerika und Karibik ausgeweitet, um Barrierefreiheit und inklusive Stadtentwicklung voranzubringen.

Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Entwicklung einer inklusiven Infrastruktur

Projekt „Bridging the Gap: Your role in transporting children with disabilities to school in developing countries“, Mexiko

(Deutsch: Lücken überbrücken: Deine Rolle beim Schultransport von Kindern mit Behinderungen in Entwicklungsländern)

Auf der Bühne: Janett Jimenez Santos, Architektin, Access Exchange International, Mexiko

Projektträger: Access Exchange International, San Francisco, Kalifornien, U. S. A.

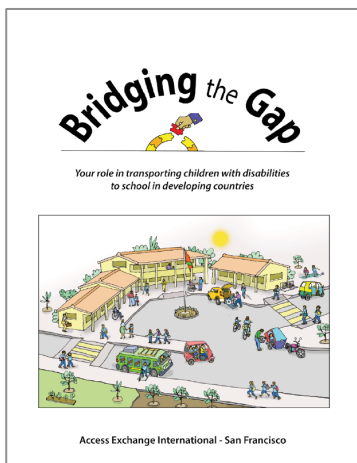
Internet: www.globalride-sf.org (der Leitfaden zum Herunterladen)

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Weltweit können Millionen von Kindern mit Behinderungen keine Schule besuchen, weil sie den Schulweg allein nicht bewerkstelligen können und es keinen passenden Transport für sie gibt. Für den Leitfaden „Bridging the Gap“ hat sich ein internationales Team zusammengetan, um fundierte Argumente und Lösungen dafür zu schaffen, dass sie endlich sicher zur Schule transportiert werden und so an Bildungsangeboten und an der schulischen Gemeinschaft teilhaben können.



Der Leitfaden wurde 2017 veröffentlicht. Dazu hat das Projektteam Forschungen, Fallstudien und Interviews mit Schulleiterinnen und -leitern aus Nord- und Süd-Amerika, Afrika und Asien zusammengeführt. Die Ergebnisse dieses Leitfadens zeigen, dass Kinder mit Behinderungen, die zu Fuß, mit dem Rollstuhl oder mit dem Fahrrad zur Schule gehen oder fahren, mit Sicherheitsproblemen und Erschöpfung zu kämpfen haben.



Eltern sind oft nicht in der Lage, sich die Beförderung ihrer Kinder in Fahrzeugen zu leisten, während Regierungen oft nicht bereit sind, diese Kosten ganz oder teilweise zu übernehmen. Oft ist auch der Bedarf an geschulten Helferinnen und Helfern oder Begleiterinnen und Begleitern, die für den Transport mit Fahrzeugen gebraucht werden, ein Schlüsselhindernis. Manchmal scheitert der Transport auch an der fehlenden Reiseerfahrung der Kinder.

Der Leitfaden empfiehlt Lösungen, die auch staatliche Subventionen für die Transportkosten der Eltern einbeziehen sowie den Schultransport und den öffentlichen Verkehr unter verschiedenen Bedingungen einzuführen. Dabei spielen auch der Einsatz verschiedener Transport-Technologien und Überlegungen zum Mobilitätsmanagement eine wichtige Rolle.



Auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), zum Beispiel solche für Menschen mit Behinderungen, und Glaubensgemeinschaften wird zusammen mit lokalen Ansätzen diskutiert, um einige der Probleme kooperativ und besser anzugehen. Mögliche Partner können auch örtliche Interessengemeinschaften, Entwicklungsorganisationen, Regierungsbehörden wie Bildungs- und Verkehrsministerien, Transportunternehmen, Schulen und Schulbehörden, die Familien der Kinder mit Behinderungen und ihre

Betreuerinnen und Betreuer sein. Sie alle können dazu beitragen, Kinder mit Behinderungen darin zu unterstützen, ein unabhängiges und erfülltes Leben inmitten der Gesellschaft zu führen. Die wichtigsten Ziele des Leitfadens zusammengefasst:

- Förderung eines globalen Gesprächs darüber, wie der Schultransport von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen verbessert werden kann,
- die Bereitstellung eines Baukastens mit praktischen Schritten und möglichen Lösungen, passend zu Ländern mit sehr unterschiedlichen Einkommensniveaus.

Wie funktioniert das?

Das siebenköpfige internationale Projektteam, darunter Personen aus den USA, Mexiko, Pakistan und der Dominikanischen Republik, hat zwei Jahre lang an dem Leitfaden „Bridging the Gap“ gearbeitet.

Der Leitfaden basiert auf Forschungen, die in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden:

Befragt wurden mehr als 40 Schulen in Afrika südlich der Sahara, 28 Schulen im Bundesstaat Hidalgo in Mexiko und in Karachi, Pakistan.

Hinzu kommen Interviews und vierzehn Fallstudien aus Ländern in Afrika, Asien und Amerika, die sich mit dem Schultransport von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in verschiedenen Situationen befassen.

Seit der Veröffentlichung des Leitfadens sind bereits einige Schritte erfolgt, die für eine weitere Verbreitung sorgen sollen:

- Übersetzung des Leitfadens auf Spanisch, Hindi und Chinesisch
- Video zur Feier der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen (2017)
- Videos von Studierenden der San Francisco State University (Kalifornien, USA)
- eine Reihe von Flyern für verschiedene Zielgruppen
- Workshop für die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Transportunternehmen/-behörden für den Transport von Kindern mit Behinderungen zur Schule (2018)

Wie gelingt hier Inklusion?

Kinder mit Behinderungen können Zugang zu Bildung erhalten – und zu einem Transport dorthin. So sollen in den kommenden Jahren mehr Kinder mit Behinderungen lesen und schreiben lernen, in die Arbeitswelt einsteigen und vor allem lernen, selbstständig zu leben.

Mit dem Leitfaden „Bridging the Gap“ können Akteurinnen und Akteure den barrierefreien Transport von Kindern mit Behinderungen zwischen Zuhause und Schule verbessern – in Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern, NGOs, Regierungen sowie Bürgerinnen und Bürgern.



Inklusionstage 2017: die Projektsteckbriefe II

Foren am 5. Dezember 2017, 9:00-11:00 Uhr



Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen

Projekt „Spagat“, Österreich

Auf der Bühne: Karin Schmid, Projektmitarbeiterin ifs Spagat
Klaus Kohler, Integrationsberater ifs Spagat

Projektträger: Institut für Sozialdienste, Vorarlberg, Österreich

Internet: www.ifs.at/spagat.html?&L=0

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

„Spagat“ ist ein Modell zur beruflichen Integration von Menschen mit geistigen oder mehrfachen Behinderungen. Es startete 1997 – also vor rund 20 Jahren – im österreichischen Vorarlberg als EU-Projekt. Initiiert wurde „Spagat“ von Eltern, die nicht wollten, dass die Integration ihrer Kinder nach dem inklusiven Schulleben endete. Es sollte eine Alternative zur Beschäftigung in geschützten Werkstätten entwickelt werden.



ifs Vorarlberg
Institut für Sozialdienste

Die wichtigste Zielgruppe von „Spagat“ sind Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Unterstützungsbedarf, die den Wunsch haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt zu arbeiten. Die Voraussetzung



dafür, dass dieser Schritt gelingt, sind Motivation zur Arbeit, der Mut zu Neuem und die Bereitschaft des sozialen Umfelds der Arbeitssuchenden zur engagierten Mitarbeit.

Das Projektteam bei „Spagat“ unterstützt Menschen mit Behinderungen dabei, eine frei gewählte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Die Mitarbeiter/innen werden von den Unternehmen für ihre Arbeit auf der Grundlage des Tarifvertrags bezahlt. Die Unternehmen werden von der Landesregierung

subventioniert. In 20 Jahren „Spagat“ konnten und können mehr als 400 Kundinnen und Kunden von mehr als 20 Integrationsberaterinnen und -beratern erfolgreich unterstützt werden.

Der Projektträger ifs Vorarlberg ist ein Dienstleistungsunternehmen, das Menschen in psychischen und sozialen Krisensituationen Hilfe und Unterstützung anbietet.

Wie funktioniert das?

Ein wesentlicher Baustein von „Spagat“ ist die persönliche Zukunftsplanung. Durch die intensive Zusammenarbeit von Personen, die für die Betroffenen wichtig sind (dem sogenannten Unterstützungskreis aus Lehrerinnen/Lehrern, Eltern, Familie, Freundeskreis, etc.) entstehen unterschiedliche Ideen und Sichtweisen für den Inklusionsprozess. Die Spagat-Mitarbeiter/innen begleiten und unterstützen die Arbeitssuchenden intensiv

und direkt auf ihrem Weg zur Erreichung einer größtmöglichen Selbständigkeit. Diese Unterstützung bieten die Integrationsberater/innen von „Spagat“ bereits ab dem Übergang von der Schule in den Beruf.

Für die „Spagat“-Teilnehmer/innen werden innerbetriebliche Ansprechpersonen gesucht. Diese Mentorinnen und Mentoren stehen den Spagat-Teilnehmer/innen im Arbeitsalltag zur Seite und helfen bei eventuellen Problemen. Oft braucht es anfänglich mehr Unterstützung. Mit zunehmender Routine und Sicherheit reduzieren bzw. verändern sich die Aufgaben der Mentorinnen und Mentoren.

Wie gelingt hier Inklusion?

Das Zusammenspiel aus persönlicher Zukunftsplanung, Einbeziehung des Unterstützungskreises des Arbeitssuchenden, Mentoring im Unternehmen, langfristiger Unterstützung, hoch engagierten Klientinnen und Klienten, Integrationsberaterinnen und -beratern sowie fairer Subventionen für die Unternehmen macht den Erfolg von „Spagat“ aus.



Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen

Projekt „Vermont Supported Employment“, U.S.A.

(Deutsch: Unterstützte Beschäftigung in Vermont)

Auf der Bühne: Bryan Dague, University of Vermont
Jennifer Stratton, Lamoille County Mental Health Services
Jessalyn Gustin, Upper Valley Services

Projektträger: Regierung des Bundesstaates Vermont

Internet: www.ddsd.vermont.gov/supported-employment-program

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Im Jahr 1980 wurde in Barre, Vermont, ein staatliches Modellprojekt „Transition“ (deutsch: Übergang) ins Leben gerufen. Das zugrundeliegende Konzept der unterstützten Beschäftigung bestand darin, Menschen mit Behinderungen in die Gemeinschaft zu integrieren und ihnen die notwendige Unterstützung zu geben, um erfolgreich arbeiten zu können. Das Modellprojekt rekrutierte Arbeiter/innen aus Behindertenwerkstätten.



Innerhalb der Projektlaufzeit von drei Jahren konnten erfolgreich 70 Personen aus den Einrichtungen in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden. Der Erfolg dieses Programms führte zu einer Nachahmung in ganz Vermont mit der schrittweisen Umstellung von der Arbeit im geschützten Raum der Werkstätten hin zu einer Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt. Im Jahr 2002 schloss Vermont seine letzte Werkstatt. Der Staat von Vermont schrieb eindeutige Regeln für den Einsatz von Leistungen aus dem Medicaid-Programm, dem US-amerikanischen Gesundheitsfürsorgeprogramm, zugunsten einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt vor. 1999 wurde der Zugang zu Werkstätten eingeschränkt, danach wurde die Förderung durch das Medicaid-Programm sukzessive gekürzt. Als erster Staat, der geschützte Werkstätten geschlossen hat, dient Vermont als Beispiel und Vorbild für andere Bundesstaaten, die ihre Systeme verändern möchten.

Der Nationalrat für Menschen mit Behinderungen kam 2012 nach Vermont, um die Erfahrungen, die hier mit der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gemacht wurden, in ihre Empfehlungen an den damaligen Präsidenten der USA, Barack Obama, den Kongress und das Justizministerium bezüglich

Behindertenwerkstätten und Mindestlohngrenzen aufzunehmen (Abschnitt 14c). Berichte über die Arbeit in Vermont an der Umstellung von Behindertenwerkstätten führten zu mehreren Anfragen von anderen Bundesstaaten.

Aufgrund der vielen interessierten Nachfragen veranstaltete das Center of Disability & Community Inclusion der University of Vermont in Zusammenarbeit mit Vermont APSE (Association of People Supporting Employment First) 2007 die erste Tagung mit dem Titel „Vermont Sheltered Workshop Conversion Institute“, um die Geschichte des Projektes und den Prozess des Systemwechsels zu skizzieren. Wegen der großen Nachfrage wurde diese Tagung alle zwei Jahre und insgesamt fünf Mal mit einer Vielzahl von Referentinnen/Referenten und Präsentationen aus dem ganzen Land veranstaltet. Bis heute haben etwa 400 Menschen aus 39 Bundesstaaten und Kanada die Tagung besucht, um sich über die Themen Politikwechsel, Ausbildung und Kulturwechsel auszutauschen, die notwendig sind, um die Umstellung weg von der Beschäftigung in Behindertenwerkstätten hin zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern.

Wie funktioniert das?

Das Vermont Supported Employment Program bietet eine vollständige Palette von Dienstleistungen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, Zugang zu einer inklusiven und wettbewerbsfähigen Beschäftigung zu erhalten. Das Programmziel besteht darin, allen Personen, die in der Vergangenheit von der Beschäftigung ausgeschlossen waren, vollen Zugang durch die Bereitstellung individueller Unterstützung zu gewähren. Der Entwicklung dieser Dienstleistungen liegt der Glaubenssatz zugrunde, dass

Beschäftigungsfähigkeit für alle möglich ist, wenn die richtigen und individuellen Unterstützungen zur Verfügung gestellt werden. Personenzentrierte Planung, passende Stellenbesetzungen, gleichberechtigte Einbeziehung in die Belegschaft und kreative Strategien, die Beschäftigungsmöglichkeiten erweitern, sind Eckpfeiler vom Vermont Supported Employment Program.



Wie gelingt hier Inklusion?

Behindertenwerkstätten und Beschäftigung in Gruppen von Menschen mit Behinderungen innerhalb eines Unternehmens sind seit vielen Jahren eine Standardlösung in den USA. Doch sie sind exklusiv und schließen Menschen mit Behinderungen von der Gesellschaft aus. In vielen Fällen bieten Behindertenwerkstätten noch immer endlose berufsvorbereitende Aktivitäten statt echter Arbeitsstellen an, sodass die Arbeitnehmer/innen manchmal ein Leben lang vom ersten Arbeitsmarkt getrennt sind. Der Weg, den Vermont genommen hatte, hat zu großem Erfolg für Menschen mit Behinderungen geführt. Im Jahr 2015 lag die Beschäftigungsquote für Bürger/innen von Vermont, die wegen einer Behinderung Leistungen erhalten, bei 47 Prozent, im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 19 Prozent. Der Anbieter „Champlain Community Services“, der die letzte Behindertenwerkstatt in Vermont betrieb, konzentriert sich auf die Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und meldet derzeit eine Beschäftigungsquote von 80 Prozent durch sein staatlich anerkanntes unterstütztes Beschäftigungsprogramm. Energie und Ressourcen werden einzig auf Angebote des ersten Arbeitsmarktes ausgerichtet. In jüngerer Zeit werden die Angebote auf junge Erwachsene mit geistiger Behinderung ausgeweitet, um ihnen den Besuch eines Colleges zu ermöglichen (<https://thinkcollege.net>).

Forum 1: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen

Projekt „Job and process redesign“, Niederlande

(Deutsch: Überarbeitung von Jobs und Prozessen)

Auf der Bühne: René Niks, Direktor Arbeitsmarktintegration, Senzer

Projektträger: Senzer

Internet: www.senzer.nl

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Der aktuelle Arbeitsmarkt braucht dringend Arbeitgeber, die offen sind für neuen Ideen in der Personalpolitik, da eine erhebliche Gruppe von Menschen nicht in das Standard-Organisationsmodell vieler Unternehmen passt – und dazu



gehören auch viele Menschen mit Behinderungen. Nur mit Kreativität und neuen Ideen für die Organisationsstrukturen kann die gesamte verfügbare Arbeitskraft genutzt und gleichzeitig Inklusion möglich werden – davon geht das Vermittlungsunternehmen Senzer aus. Senzer nennt das Job- und Prozess-Redesign. Hier ergänzen sich wirtschaftliche und soziale Vorteile in einem nachhaltigen Konzept.

Das Unternehmen Senzer ist im Bereich der unterstützten Beschäftigung und der Arbeitsintegration tätig. Senzer wurde von sieben Gemeinden in der niederländischen Region Helmond gegründet und unterhält Partnerschaften mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen. Senzer ist in einer Region mit



250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern tätig, rund 2.000 Menschen arbeiten mit oder durch Senzer. Außerdem bietet das Unternehmen rund 5.000 Menschen eine Einkommensunterstützung.

Das Kerngeschäft des Unternehmens ist die Vermittlung von benachteiligten Menschen (Langzeitarbeitslose und Menschen mit körperlichen oder psychischen Behinderungen) in Stellen auf dem Arbeitsmarkt. Rund 2.000 Menschen arbeiten bei Senzer oder konnten von Senzer in andere Unternehmen vermittelt werden.

Wie funktioniert das?

Senzer stellt nachhaltige Beziehungen mit den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Unternehmen her, um Arbeit für seine Arbeitsuchenden zu finden. Der Arbeitsvermittler ist sich sicher, dass mit guten

Beziehungen zu den richtigen Ansprechpartner/innen in den Unternehmen Konzepte entwickelt und realisiert werden können, die normalerweise nicht erreichbar sind.

Doch auch die gute Beziehung zu den Arbeitssuchenden ist Senzer wichtig, um gemeinsam alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Arbeitssuchende werden für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgebildet. Wenn eine reguläre Arbeit nicht möglich ist, bietet das Unternehmen eine Beschäftigung in Zusammenarbeit mit externen Partnern oder innerhalb der hauseigenen Aktivitäten an. Beispiele für die eigenen Aktivitäten sind Facility Services/Catering, Gartenpflege und Verpackung/Logistik.

So können hier Arbeitssuchende mit und ohne Behinderungen soziale und wirtschaftliche Inklusion durch Beschäftigung erreichen. Dabei erhalten die Bewerber/innen individuelle Unterstützung, um ihre Beschäftigungsziele zu erreichen und die Bedürfnisse des Arbeitgebers zu erfüllen.



Wie gelingt hier Inklusion?

Senza stellt geeignete Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen bereit und eröffnet gleichzeitig Arbeitgebern interessante Möglichkeiten, um neues Personal zu gewinnen.

Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Inklusive Unterrichtsmethoden

Projekt „Multimedia Advocacy and RIX Wiki“, Großbritannien

(Deutsch: Multimedia-Förderung und RIX Wiki“)

Auf der Bühne: Andrew Minnion, University of East London
Kathryn Stowell, Charlton Park Academy, London
Gosia Kwiatkowska, University of East London

Projektträger: RIX Research and Media, London, Großbritannien

Internet: www.rixresearchandmedia.org

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

RIX Research & Media erforscht und entwickelt neue Wege zur Nutzung neuer Technologien, um das Leben von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu verbessern. Ehemals aus einer ehrenamtlichen Initiative entstanden, ist das Projekt heute ein internationales Kompetenzzentrum für Forschung und Entwicklung mit Sitz an der University of East London. Seit über 15 Jahren erstellt und steuert das Team Software, Arbeitsmethoden und weitere Konzepte, um sie für die Inklusion zu nutzen. RIX Research & Media führt innovative Arbeitsprogramme mit verschiedenen Partnern durch und baut erfolgreiche Ergebnisse auf nationaler und internationaler Ebene aus. Dabei arbeitet das Team mit führenden Pflege-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und Regierungsbehörden zusammen.



Wegweisende Forschungsprojekte in Partnerschaft mit Tausenden von Menschen mit Lernbehinderungen, ihren Familien und Unterstützern haben es ermöglicht, einen neuen personenzentrierten Ansatz zu entwickeln. Mit „Multimedia-Advocacy“ (deutsch: Multimedia-Förderung) können Menschen mit Lernbehinderungen Medien nutzen und mehr Eigenständigkeit und Kontrolle über ihr eigenes Leben erlangen. In dem Kompetenzzentrum wurden spezielle Tools und Schulungen entwickelt – die RIX Wiki und Wiki Kurse –, die den Ansatz der „Multimedia-Advocacy“ nutzen.



Im Mittelpunkt der Projektarbeit bei RIX stehen das Engagement für personenzentriertes Arbeiten und die Förderung von Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen. RIX wurde 2001 als Wohltätigkeitsorganisation mit Sitz an der University of East London gegründet. Schirmherr und Namensgeber war Lord Brian Rix, der 17 Jahre lang Kanzler der Universität war. Seine Tochter Shelley wurde 1951 mit Down-Syndrom geboren. Erschrocken über die

Reaktionen der Gesellschaft und der Fachleute auf die Behinderung seiner Tochter hat Lord Rix in öffentlichen und politischen Kreisen für die Rechte von Menschen mit Lernbehinderungen gekämpft. Seit 2001 wurde das RIX Research and Media auf dem Erbe von Lord Rix aufgebaut, seitdem erforscht und entwickelt das Team Wege zur Nutzung neuer Technologien, um das Leben von Menschen mit Lernbehinderungen zu verändern. Durch wegweisende Forschungsprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales ist RIX führend auf dem Gebiet der Neuen Medien und der Inklusion.

Wie funktioniert das?

Der Begriff „Multimedia Advocacy“ wurde erstmals von Prof. Andy Minnion im Jahr 2004 geprägt. Er erklärt sie so: „Multimedia Advocacy‘ nutzt die zunehmend benutzerfreundlichen Technologien wie digitale Fotografie, Audio- und Video-Anwendungen, um Menschen mit einer Lernbehinderung zu ermöglichen, sie einzusetzen, um ihr Denken zu organisieren, ihre Erinnerungen zu stärken und ihre Vorlieben und Standpunkte zu kommunizieren“. Beim „Multimedia-Advocacy“-Ansatz geht es nicht nur um den Einsatz von Technologien und Software, sondern die personenzentrierte Arbeitsweise, bei der Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern partnerschaftlich zusammenarbeiten. Hier stehen die Schüler/innen im Zentrum der Arbeit, die sie aktiv mitgestalten. Diese Arbeitsweise verkörpert für RIX die Menschenrechte – das Recht auf Bildung, auf Kommunikation, auf Wahlfreiheit, auf Wertschätzung und Einbeziehung. Um diese Rechte wahrnehmen zu können, müssen die Schüler/innen selbstbestimmt sein. Daher steht die Entwicklung von Selbstvertretung im Zentrum des Ansatzes.

Das Angebot richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Lernenden: es kann sich um einen Lernplan, einen Lebenslauf, einen personenbezogenen Plan, einen Gesundheitsaktionsplan, einen Unterstützungsplan oder einen Leistungsnachweis handeln.

„Multimedia-Advocacy“ umfasst die Prinzipien der Selbstvertretung, der personenzentrierten Praxis und universelles Design. Es ermöglicht Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern, den Unterricht zu gestalten und gibt ihnen Hilfen an die Hand, damit dieser den Bedürfnissen aller Lernenden entspricht.



„Multimedia Advocacy“ stellt den Lernenden in den Mittelpunkt des Lehrens und Lernens. Und berücksichtigt die Bedeutung von Partnerschaften zwischen Lernenden, Lehrenden, Betreuenden und Eltern wie sowie den weiteren Unterstützungskreisen.

Das RIX-Modell des personalisierten Lehrens und Lernens nutzt mobile Technologien und eine Reihe interaktiver Apps, Desktop-Software und sozialer Medien, um die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lernstile der Lernenden zu berücksichtigen.

Wie gelingt hier Inklusion?

Der „Multimedia-Advocacy“-Ansatz fördert die aktive Teilnahme aller Lernenden und ist damit einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für Inklusion. Durch die Berücksichtigung von universellem Design für das Lernen, personenzentrierter Planung, einem Leitfaden für die Gestaltung von Lehrplänen, die Unterrichtsplanung und die Bewertung von Fähigkeiten zur Selbsthilfe können die Lernenden engagiert und motiviert arbeiten.

Hier ist Inklusion möglich, weil Lernende, Eltern und Lehrer/innen zusammenarbeiten, sich gegenseitig schätzen und voneinander lernen. Lernen wird zu einem Prozess, der nicht durch Raum und Zeit begrenzt ist.

Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Inklusive Unterrichtsmethoden

Projekt „De-Sign Bilingual – Developing and Documenting Sign Bilingual Best Practice in Europe“, Europa

(Deutsch: Entwicklung und Dokumentation von guter Praxis in der bimodal-bilingualen Bildung in Europa)

Auf der Bühne: Prof. Dr. Claudia Becker, Humboldt-Universität zu Berlin

Projektträger: Universität Wien (Leitung), Humboldt-Universität zu Berlin, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich, Comenius University Bratislava, Ernst-Adolf-Eschke-Schule/Berlin, Elbschule – Bildungszentrum Hören und Kommunikation/Hamburg, SekDrei/Zürich, Brigittenuer Gymnasium/Wien, Volksschule 1/Klagenfurt

Internet: www.univie.ac.at/designbilingual

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Die UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 24) enthält die Forderung, dass Kinder mit einer Hörschädigung Zugang nicht nur zu Lautsprachen, sondern auch zu Gebärdensprachen bekommen sollen. Bislang gab es kein gebündeltes Wissen darüber, wo und wie die nationalen Gebärdensprachen für eine bimodal-bilinguale Bildung (Bildung mit einer gesprochenen/geschriebenen Sprache und einer Gebärdensprache) hörgeschädigter Kinder eingesetzt werden. Darüber hinaus besteht dringender Bedarf, bimodal-bilingual arbeitende Lehrer/innen zu unterstützen.

De–Sign Bilingual
Developing & Documenting
Sign Bilingual Best Practice in Schools

Ziele des Projekts sind:

- Erhebung des Stands der Implementierung bimodal-bilingualer Bildungsangebote an Förderschulen und inklusiv arbeitenden Regelschulen in Europa
- Entwicklung von Unterrichtsentwürfen, Materialien und Werkzeugen für den bimodal-bilingualen Unterricht
- Wissenstransfer in die Schulpraxis und die Zivilgesellschaft

Diesen Themen widmete sich von Januar 2014 bis Oktober 2016 eine strategische Partnerschaft mit neun Partnern (gefördert durch das EU-Programm Erasmus+): Das Projekt „De-Sign Bilingual“ vereint fünf Schulen und vier Universitäten, die auf bimodal-bilinguale Schulbildung spezialisiert sind. Ihr gemeinsames Interesse ist die Verbesserung der Qualität von bimodal-bilingualer Bildung in Europa.



Wie funktioniert das?

Im Rahmen von „De-Sign Bilingual“ fanden bzw. finden folgende Aktivitäten statt:

- 16 gebärdensprachkompetente gehörlose und hörende Lehrer/innen aus den drei deutschsprachigen Ländern entwickelten gemeinsam mehr als 40 Unterrichtsentwürfe und dazugehörige Unterrichtsmaterialien für den bimodal-bilingualen Unterricht in zehn Schulfächern. Diese werden auf der Website kostenlos in Deutsch und Englisch sowie in verschiedenen Gebärdensprachen zur Verfügung gestellt: www.univie.ac.at/teach-designbilingual
- Die universitären Partner/innen
 - erhoben umfassende Daten und Dokumente (z. B. gesetzliche Grundlagen, Lehrpläne zur bimodal-bilingualen Bildung) zum aktuellen Stand in 39 Ländern in Europa. Auch diese Daten werden kostenfrei auf einer interaktiven Landkarte online unter www.univie.ac.at/map-designbilingual zur Verfügung gestellt.
 - analysierten Good-Practice-Beispiele bimodal-bilingualer Bildung in ganz Europa.
 - sammelten Daten zur bimodal-bilingualen Sprachbildung an Förderschulen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Slowakei, um u. a. Faktoren zu identifizieren, die die Implementierung bimodal-bilingualer Bildung fördern bzw. hemmen können.
- Schulische und universitäre Partner/innen entwickelten gemeinsam rund 15 verschiedene Werkzeuge für die Umsetzung von bimodal-bilinguaem Unterricht an Schulen, insbesondere die Bi-bi Toolbox, die mittlerweile in Deutsch, Englisch und Slowakisch und in Auszügen auch in verschiedenen Gebärdensprachen vorliegt.
- Detailanalysen der erhobenen Daten wurden und werden als wissenschaftliche Artikel publiziert – eine Zusammenfassung findet sich in verschiedenen Sprachen auf der Projekt-Website.

Wie gelingt hier Inklusion?

Bilinguale Bildungsangebote in Laut- und Gebärdensprachen unterstützen in vielfacher Hinsicht die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft: Kinder mit einer Hörschädigung werden von Anfang an zwei Sprachen angeboten, so dass eine altersgerechte Entwicklung mindestens einer der Sprachen als Erstsprache



gelingen kann. Außerdem helfen die Angebote ihnen, verschiedene Sprachen und Kommunikationsstrategien zu beherrschen, um im späteren Leben flexibel und sicher mit unterschiedlichen Kommunikationssituationen umgehen zu können.

In dem Projekt arbeiten hörende und gehörlose Expertinnen und Experten aus verschiedenen Universitäten und Schulen erfolgreich zusammen. Dies führt zu einer erhöhten Akzeptanz der Projektergebnisse in der Praxis.

Die Projektergebnisse werden in verschiedenen Formen und in unterschiedlichen nationalen Gebärdensprachen und Lautsprachen zur Verfügung gestellt. Dadurch wird ein breiter Wissenstransfer weltweit in die Schulpraxis und auch in die Zivilgesellschaft ermöglicht.

Forum 2: Inklusive Bildung

Thema: Inklusive Unterrichtsmethoden

Projekt „SOIL – Social Inclusion of Learners“, Österreich/Europa (Deutsch: Soziale Inklusion von Lernenden)

Auf der Bühne: Helin Süslü, Expertin in digitalen Tools, atempo, Graz,
mit Assistenz Nina Pliberschnig,
Stana Schenck, Koordinatorin, SCHENcK aus Berlin

Projektträger: atempo Betriebsgesellschaft mbH, Graz, Österreich

Internet: www.atempo.at

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt SOIL – Social Inclusion of Learners fördert den politisch-gesellschaftlichen Dialog über unbegrenzten Zugang zur schulischen Bildung für alle Lernenden und implementiert inklusive Unterrichtsmethoden in Schulen in Europa.

SOIL organisiert sechs Konferenzen in den Städten Graz, Berlin, Bratislava, Bukarest, Maastricht und London und lädt Stakeholder aus allen Bereichen der Schulbildung ein, gemeinsam über Ziele der inklusiven Bildung im 21. Jahrhundert zu diskutieren.



Die SOIL-Expertinnen und -Experten aus Graz, Berlin und London bieten in allen Partnerländern Seminare zu individualisierten inklusiven Lehrmethoden an: den lernerzentrierten Ansatz der „Multimedia Advocacy“ (University East London), inklusives Lernen mit digitalen Tools (atempo Graz), barrierefreie Kommunikation durch Leichte Sprache mit der capito-Methode (atempo Graz) und zu der Arbeitsweise des Lernbüros, das Lernen in Vielfalt fördert (Initiative Schulen im Aufbruch).

SOIL ist ein Zusammenschluss von sechs Partnern aus sechs EU-Ländern:

- dem Sozialunternehmen atempo – zur Gleichstellung von Menschen aus Graz/Österreich (Leitung),
- dem RIX Research Centre der University East London in Großbritannien,
- der Beratung SCHENcK aus Berlin in Deutschland,
- der Stadtverwaltung Maastricht in den Niederlanden,
- dem Research Centre for Ethnicity and Culture aus Bratislava in der Slowakei und
- dem Zentrum für Didaktik CCD beim Ministerium für Bildung aus Bukarest in Rumänien.

SOIL kooperiert mit dem Netzwerk der Schulen der Initiative Schule im Aufbruch gGmbH in Deutschland.

SOIL wird im Programm Erasmus+, Social Inclusion through Education, Support for Policy Reform, gefördert. Die Laufzeit des Projektes beträgt zwei Jahre zwischen 2017 und 2018. Das Projektteam besteht aus zwölf Personen.

Wie funktioniert das?

Jeder Partner ist für die Ausrichtung einer Konferenz in seinem Land verantwortlich und lädt alle relevanten Interessengruppen aus dem Bereich der schulischen Bildung ein. Im Rahmen der Konferenzen werden SOIL-Methoden vorgestellt und eine Plattform zum Austausch über die Vision und den Stand der Inklusion im jeweiligen Land hergestellt. Lernende mit und ohne Förderbedarf werden in die Vorträge und Diskussionen einbezogen. Bisher sind SOIL-Konferenzen in Graz (April 2017), Berlin (September 2017) und Bratislava (Oktober 2017) durchgeführt worden.



Die Partner aus Österreich (atempo), England (University East London) und Deutschland (Initiative Schule im Aufbruch) bilden ein Team aus Expertinnen und Experten und führen während der Projektlaufzeit Seminare zu inklusiven Unterrichtsmethoden für Lehrkräfte in den Städten Graz, Berlin, Bratislava, Maastricht und London durch.

Die teilnehmenden Lehrkräfte testen diese Methoden im Unterricht und geben via Fragebogen Rückmeldung an das SOIL-Team. Schülerinnen und Schüler werden ebenfalls befragt, ob und welche Verbesserung sie durch den Einsatz der SOIL-Methoden erfahren haben.

Die Ergebnisse der Verbreitung der SOIL-Methoden werden ausgewertet und im Rahmen von Round Tables in allen Ländern mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Praxis diskutiert.

Wie gelingt hier Inklusion?

Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Fluchterfahrung werden in alle Projektphasen einbezogen und stehen im Mittelpunkt der SOIL-Forderung der „Einen Schule für Alle“.



Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnologie

Projekt: „Adding universal design in ICT student curricula“, Norwegen

(Deutsch: Universelles Design für den Studienplan der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT))

Auf der Bühne: Norun Christine Sanderson,
Terje Gjørseter,
Siri Kessel, alle Oslo and Akershus University College of Applied Sciences, Norwegen

Projektträger: Oslo and Akershus University College of Applied Sciences, Oslo, Norwegen,
Faculty of Technology, Art and Design, Department of Computer Science

Internet: www.hioa.no/eng/

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Projekt soll die Kenntnisse über universelle Designprinzipien in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowohl von Studierenden im Grund- und Hauptstudium als auch für den akademischen und administrativen Bereich fördern. Dies wird durch Forschung wie Lehre erreicht.

Im Fokus von Lehre und Forschung stehen bei diesem Projekt die Identifizierung, Vermeidung und Beseitigung von Barrieren, denen insbesondere Menschen mit Behinderungen bei IKT-Systemen und -Dienstleistungen begegnen. Das Master-Programm wurde 2012 von der norwegischen Agentur für Qualitätssicherung im Bildungswesen (NOKUT) bewilligt, die erste Klasse von Master-Studierenden begann 2013. Die Einführung in das universelle Design von IKT ist im Curriculum des ersten Semesters „Webprojekte“ enthalten, es ist obligatorisch für alle Bachelorstudierenden an der Fakultät für Informatik.



OSLO AND AKERSHUS
UNIVERSITY COLLEGE
OF APPLIED SCIENCES

Einige wichtige Fakten und Zahlen zum verbesserten Curriculum

Kurse und Programm (ab 2012):

- Internationale Sommerschule (5 ECTS)¹
- Bachelorstudium im universellen Design von IKT (10 ECTS)
- Mitarbeiter/innenkurs zu Verfahren, die elektronische Dokumente zugänglich machen (ab 2016)
- Master-Programm im universellen Design von IKT (120 ECTS) (auf Englisch)

¹ European Credit Transfer and Accumulation System (deutsch: Europäisches System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen; Punktesystem zur internationalen Vergleichbarkeit)

Einschreibung von Studierenden im Masterstudiengang:

- 2013-2015: 12 (83 % international)
- 2014-2016: 20 (75 % international)
- 2015-2017: 20 (40 % international)
- 2016-2018: 33 (63 % international)
- 2017-2019: 29 (79 % international)

Anzahl der Absolventinnen und Absolventen und Kursteilnehmenden aus dem Hochschulbetrieb:

- 2015: 6 Absolventinnen/Absolventen (erster Abschluss-Jahrgang dieses Masterstudiums)
- 2016: 6 Absolventinnen/Absolventen
- 2017: 16 Absolventinnen/Absolventen
- 50 Akademiker/innen und Mitarbeiter/innen haben 2016 einen halbtägigen Kurs zum universellen Design von elektronischen Dokumenten durchgeführt.

Die Forschungsgruppe „Universal Design of ICT“ besteht aus 21 Personen, darunter 2 Professorinnen/Professoren, 12 Associate Professors, 4 Assistant Professors, 1 Postdoc und 2 Doktoranden.

Wie funktioniert das?

Das Projekt nutzt aktive Lernansätze, um sicherzustellen, dass alle Studierenden im Bereich IKT Kenntnisse über das universelle Design sammeln. Aktives Lernen beinhaltet schülerzentrierte Lehrmethoden und adaptive (sich anpassende) und individualisierte Unterstützung.



Das Curriculum hat sich durch das Projekt verändert: Für alle Technologie-Studierenden ist nun universelles Design Pflichtfach, im Masterstudium sind die Studierenden verpflichtet, im Bereich Universal Design zu forschen.

Die Fakultät und die Studierenden kooperieren auch mit regionalen, nationalen und internationalen Akteuren wie NGOs (z. B. Organisationen von Menschen mit Behinderungen), Regierungsbehörden, Unternehmen und anderen Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Das Programm rekrutiert Studierende aus der ganzen Welt mit vielfältigen sozialen, kulturellen und pädagogischen Hintergründen. Dieser Ansatz bereichert den Umfang und die Qualität des Programms und bietet den Studierenden die Möglichkeit, Botschafter/innen des universellen Designs zu sein.

Wie gelingt hier Inklusion?

Mit der zunehmenden Nutzung von IKT-Systemen und -Dienstleistungen ist es unerlässlich, IT-Fachkräfte mit universeller Designkompetenz auszubilden und durch Forschung neues Wissen zu schaffen. Neben der UN-BRK, internationalen Standards und nationalen Rechtsvorschriften können Bildung und neues Wissen effektiv dazu beitragen, den gleichberechtigten Zugang zu IKT für alle, einschließlich älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen, zu fördern.



Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnologie

Projekt: „Global Public Inclusive Infrastructure (GPII)“, Schweiz

(Deutsch: Globale inklusive öffentliche Infrastruktur)

Auf der Bühne:	Gregg Vanderheiden, Mitbegründer von „Raising the Floor“, Direktor und Professor an der University of Maryland, USA Jutta Treviranus, Mitbegründerin von „Raising the Floor“, Direktorin des Inclusive Design Research Centre, OCAD University, Toronto, Kanada Matthias Peissner, Projektleiter GPII, Fraunhofer IAO, Stuttgart
Projektträger:	Raising the floor (deutsch: den Boden ebnen)
Internet:	www.raisingthefloor.org www.gpii.net

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Raising the Floor ist eine Organisation von verschiedenen Menschen aus Industrie, Wissenschaft, NGOs und anderen Sektoren. Sie haben sich zusammengeschlossen, um sicherzustellen, dass auch jene

Menschen, die mit Zugangsbarrieren aufgrund von Behinderung, fehlender Alphabetisierung, mangelnder Digitalkompetenz oder ihres Alters konfrontiert sind, die von uns geschaffene digitale Welt nutzen zu können – Internet, Computer, Tablets, Telefone, Lehrmittel, Ticketautomaten, Thermostate und sogar Haushaltsgeräte.

Das zentrale Projekt ist die Entwicklung der Global Public Inclusive Infrastructure (GPII).

GPII ist eine cloudbasierte Infrastruktur, die sicherstellen soll, dass alle Menschen Zugang zum Internet haben – ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Ressourcen. Alle sollen teilhaben an den Informationen, Gemeinschaften und Dienstleistungen für Bildung, Beschäftigung, Alltag, Bürgerbeteiligung, Gesundheit und Sicherheit, die das Internet bietet. GPII wird von mehreren Kooperationsprojekten und Initiativen mit über 50 Partnern aufgebaut.

GPII hat drei Hauptfunktionen: GPII ...

1. macht es der Nutzerin/dem Nutzer leicht, eine Zugangslösung zu finden,
2. lässt die Lösung für eine Person erscheinen, wann immer sie diese benötigt – sodass jede digitale Schnittstelle, auf die die Person trifft, automatisch so umgewandelt wird, die diese Person sie verstehen und verwenden kann und
3. macht es Produktentwicklerinnen und -entwicklern leichter, neue und bessere Lösungen zu entwickeln und zu vermarkten – international.

Raising the Floor
ONE-SIZE-FITS-ONE DIGITAL INCLUSION

Wie funktioniert das?

GPII ist eine Infrastruktur, die dazu beiträgt, dass alle, die Barrieren ausgesetzt sind, dennoch auf alle digitalen Technologien zugreifen und diese nutzen können, egal, wann und wo. Es hilft auch Entwicklerinnen und Entwicklern von assistiven Technologien, der Forschung und Unternehmen beim Aufbau barrierefreier Funktionen für ihre Produkte. Unternehmen und öffentliche Institutionen finden die richtige Unterstützung, um barrierefreie Produkte und Lösungen zu schaffen, zu verbessern und zu vermarkten.



GPII verfolgt einen umfassenden Ansatz für den Zugang zu Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) und spricht drei Schlüsselbarrieren an:

1. Viele wissen nicht, ob es bereits eine Lösung für ihr Problem gibt: GPII bringt Informationen aus aller Welt zum Thema „Zugang zu IKT“ in einer einheitlichen Liste zusammen (Verbindung von assistiver Technologie und gängigen IKT-Zugangsdatenbanken).
2. Die Anwendung der assistiven Technologie ist zu kompliziert: GPII führt zum ersten Mal die cloudbasierte Auto-Personalisierung digitaler Daten ein. Schnittstellen, die auf den Bedürfnissen und Vorlieben der Nutzer/innen basieren – sodass die Oberfläche jedes digitalen Geräts, auf das eine Person trifft, sofort zu einem verstehbaren und verwendbaren digitalen Gerät wird (anstatt dass Nutzer/innen herausfinden müssen, wie sie Zugangsmerkmale anpassen, konfigurieren oder installieren können).
3. Es gibt keine Lösungen für den Typ oder Grad der Behinderung einer Person: GPII führt einen neuen „DeveloperSpace“ ein, der Informationen, Komponenten und Tools zusammenführt und Hinweise auf Ressourcen im gesamten Web bereitstellt. So wird das Web einfacher und schneller, das bedeutet niedrigere Kosten, um neue Lösungen zu entwickeln – und sie für Anwender/innen international zu vermarkten. Die ersten Versionen von „DeveloperSpace“ wurden im September 2017 veröffentlicht.

Wie gelingt hier Inklusion?

GPII vereint Elemente, die notwendig sind, um die technologische Inklusion überall zu fördern. GPII sammelt, erleichtert und unterstützt die Bemühungen anderer auf internationaler Ebene – und bietet ein gemeinsames Werkzeug, das Nutzer/innen und Entwickler/innen miteinander verbindet. Es erleichtert auch die Entwicklung, Bereitstellung und Nutzung der Lösungen erheblich.

- GPII wird es Menschen und Organisationen ermöglichen, mehr und bessere Lösungen zu finden, die ihren spezifischen Bedürfnissen am besten entsprechen. Es soll eine offene Entwicklungsumgebung für die Erstellung, Entwicklung und den Austausch barrierefreier Lösungen und Tools bieten und so die Idee der inklusiven Gesellschaft fördern, die Informationen und nötige Ressourcen für alle bereithält.
- Das Hauptaugenmerk von GPII liegt darauf, die Lücke in der Zugänglichkeit für Alle zu schließen. Indem die digitalen Systeme auf Menschen mit anderen Zugangsbedürfnissen erweitert werden, werden sie innovativer und für alle besser und leichter in der Verwendung – also auch für Menschen ohne Behinderungen.

Forum 3: Barrierefreiheit

Thema: Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnologie

Projekt: „Pay it forward In Sign Language“, Israel

(Deutsch: Freiwilliges Engagement für Zeichensprache)

Auf der Bühne: Michal Rimon, CEO/Geschäftsführer von Access Israel
Sarel Oren Ohana, Gründer und Projektleiter von „Pay It Forward In Sign Language“

Projektträger: Access Israel

Internet: www.aisrael.org/?CategoryID=2112&ArticleID=49528

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Sarel Oren Ohana gründete „Pay It Forward in Sign Language“ 2006 als gemeinnütziges, ehrenamtliches soziales Projekt, um die Kluft zwischen gehörlosen und hörenden Menschen zu überbrücken und die soziale Gerechtigkeit in Israel zu fördern. Das Projekt bietet Grundkurse in israelischer Gebärdensprache an, die von gehörlosen Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. Dies vermittelt den Teilnehmenden grundlegende Kommunikationsfähigkeiten für die Interaktion mit gehörlosen Menschen und einen Einblick in die Gehörlosigkeit. Seit sieben Jahren werden die Kurse kostenlos angeboten und die Teilnehmenden gebeten, das erworbene Wissen an mindestens eine Person weiterzugeben. Der Erfolg des wachsenden Projekts und die große Nachfrage führten dazu, dass das Projekt 2014 mit den Aktivitäten der gemeinnützigen Organisation Access Israel zusammengeführt wurde und nun als Abteilung von Oren Ohana geleitet wird. Das Projekt bietet jetzt zusätzliche Grund- und Fortgeschrittenenkurse in ganz Israel und in verschiedenen Gemeinden gegen eine geringe Gebühr an, die die Gehälter und Kosten der Erweiterung für taube Lehrer/innen abdeckt. Gehörlose Menschen nehmen jetzt an allen Aktivitäten der Organisation teil: Schulunterricht, Kampagnen, Veranstaltungen, Workshops, Videos und vieles mehr.



Access Israel ist die erste gemeinnützige Organisation in Israel, die sich der Inklusion verschrieben hat, um die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen zu verbessern. Access Israel wurde 1999 in Israel gegründet.

Wie funktioniert das?

Der Grundkurs ist kurz und knapp gehalten und vermittelt grundlegende Kommunikationsfähigkeiten, mit deren Hilfe hörende Menschen mit gehörlosen und hörgeschädigten Menschen kommunizieren können. Zusätzlich bietet das

Projekt eine kostenlose App, die Übungen und Vokabular beinhaltet. Als Teil der Lernerfahrung produzieren die Teilnehmenden kurze Videos, um z. B. die Bedeutung eines Liedes in Gebärdensprache zu vermitteln. Einige dieser Videos werden online zur Verfügung gestellt. „Pay It Forward in Sign Language“ entwickelt Kurse sowohl für den privaten als auch den öffentlichen Sektor. Das Team passt jeden Kurs speziell an, um den Bedürfnissen von gehörlosen und hörgeschädigten Klientinnen und Klienten gerecht zu werden.

Wie gelingt hier Inklusion?

Das Projekt bietet Basis-Kurse in israelischer Zeichensprache, die eine grundlegende Kommunikation ermöglichen und von gehörlosen Lehrerinnen und Lehrern geleitet werden. Durch den Erwerb grundlegender Kenntnisse der Gebärdensprache eröffnet das Projekt Kommunikationskanäle zwischen hörenden und gehörlosen Menschen und ermöglicht so den Hörenden, sich mit der Gehörlosen-Kultur vertraut zu machen. Das Projekt erleichtert daher die Inklusion von Menschen mit Hörbehinderungen, indem



- die Barrierefreiheit der Sprache verbessert wird,
- Fertigkeiten für die sofortige Kommunikation vermittelt werden,
- die Gebärdensprache Eintritt in die Welt der Hörenden findet und
- informellen Beziehungen zwischen hörenden und gehörlosen Menschen geschaffen werden.

Darüber hinaus fördert das Projekt die Beschäftigung von Gehörlosen und unterstützt gleichzeitig Unternehmen, die barrierefrei für Menschen mit Hörbehinderungen sind.

Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Vortrag: „Das Stigma psychischer Erkrankungen als Inklusionshindernis“, Deutschland

Auf der Bühne: Dr. Anja Esther Baumann, Aktion Psychisch Kranke e. V.

Projektträger: Aktion Psychisch Kranke e. V. Bonn, Deutschland

Internet: www.apk-ev.de

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Thema „psychische Erkrankungen“ steht selten auf der Agenda, wenn es um Inklusion geht. Dabei ist es nicht nur in Deutschland, sondern auch international von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz. Dr. Anja Esther Baumann vom Fachverband „Aktion Psychisch Kranke e. V.“ weiß aufgrund ihrer Erfahrungen im In- und Ausland, welche Hindernisse für eine gleichberechtigte soziale Teilhabe durch psychische Erkrankungen entstehen können.

Die „Aktion Psychisch Kranke“ (APK), Vereinigung zur Reform der Versorgung psychisch Kranker e. V., ist ein gemeinnütziger Verein, der durch das Bundesministerium für Gesundheit institutionell gefördert wird.

Die APK wurde 1971 von Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages und engagierten Fachleuten aus dem Bereich Psychiatrie gegründet.



**Aktion
Psychisch
Kranke e.V.**

Menschen mit psychischen Erkrankungen können umso weniger ihre Anliegen selber vertreten, je schwerer krank sie sind. Die APK versteht sich als Lobby für diese benachteiligte Zielgruppe. Der Verein ist überparteilich zusammengesetzt und arbeitet wie ein Scharnier zwischen Bundestag/Bundesministerien und psychiatrischer Fachwelt. Schwerpunkte des langjährigen Engagements zur Umsetzung dieser Zielsetzung bestehen insbesondere in der Arbeit in von der APK initiierten und von der Bundesregierung geförderten Experten-Kommissionen, der Erstellung von Berichten und Handlungsempfehlungen sowie der Durchführung von Projekten.

Kurz zusammengefasst: Worum geht es in dem Vortrag?

Psychische Erkrankungen haben schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der von ihnen betroffenen Menschen. Gründe liegen im subjektiven Erleben der Krankheit selbst genauso wie in psycho-sozialen Behinderungen, die durch äußere Faktoren mit bewirkt werden.

Bei psychischen Erkrankungen stellt sich zusätzlich zu den Symptomen und direkten Krankheitsfolgen für die betroffenen Menschen, für ihre Angehörigen, Freunde und die gesamte Gesellschaft ein weiteres, gravierendes Problem: das psychischen Erkrankungen anhaftende Stigma. Die von Betroffenen antizipierte und erfahrene Stigmatisierung hat schwerwiegende Folgen in allen Lebensbereichen. Sie führen zu sozialem Rückzug, einer Verschlechterung der Berufs- und Einkommenssituation und einer subjektiv wahrgenommenen Verschlechterung der Gesundheit. Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch Erkrankter zeigen sich in allen Kulturen der Welt, können aber in Inhalt und Ausprägung und auch der Ursachenzuschreibung sehr verschieden sein.

Wie gelingt hier Inklusion?



erwiesen.

Es gibt inzwischen eine Vielzahl an Konzepten, Programmen und Projekten zur Entstigmatisierung, auf Ebene der Allgemeinbevölkerung und auch spezifischer Zielgruppen. Dazu gehören z.B. Programme mit Schülerinnen und Schülern, Polizeibeamtinnen und -beamten, Arbeitgeberinnen und -gebern. Viele dieser Aktivitäten wurden evaluiert; dabei hat sich der persönliche Kontakt zwischen Menschen mit und ohne psychische Erkrankungen als das erfolgreichere, Vorurteile und soziale Distanz abbauende Element

Im Hinblick auf die Hilfesysteme und -dienste aber bleibt es wichtig, Betroffene und Angehörige zu empowern. Sie brauchen angemessene individualisierte Unterstützung in Krisensituationen und in Momenten der eingeschränkten Fähigkeit, um über Maßnahmen zum Erhalt oder Wiedererlangen der Gesundheit entscheiden zu können. Sie brauchen Unterstützung, damit ihre Kräfte im Umgang mit Stigmatisierung und Diskriminierung gestärkt werden. Darüber hinaus bleibt es wichtig, die Hilfesysteme nach menschenrechtlichen Vorgaben zu gestalten.

Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Projekt: „Empathy and portrayals of mental illness in Australian visual culture“, Australien
(Deutsch: *Empathie und Darstellungen psychischer Erkrankungen in der australischen visuellen Kultur*)

Auf der Bühne: Prof. Lisa Brophy, Brophy - Centre For Mental Health, The University of Melbourne sowie Principal Research Fellow, Mind Australia
Dr Victoria Palmer, Senior Research Fellow, Mental Health Program, The Department of General Practice, The University of Melbourne
Dr Fincina Hopgood, Lecturer in Screen Studies, University of New England, Australia

Projektträger: The University of Melbourne, Australia

Internet: <http://research.unimelb.edu.au/hallmark-initiatives/disability-research-initiative/research/research-projects/2015-seed-funding/empathy-and-portrayals-of-mental-illness-in-australia-visual-culture>

<http://www.historyofemotions.org.au/research/research-projects/empathy-and-portrayals-of-mental-illness-in-australian-visual-culture.aspx>

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Kino, Fernsehen, Kunst (Malerei und Fotos) sowie Storytelling sind mächtige Medien. In dem Projekt „Empathy and portrayals of mental illness in Australian visual culture“ wird untersucht, wie psychische Erkrankungen dort dargestellt werden – wer erzählt und wie – und ob die Darstellung über verschiedene visuelle Medien zu Empathie,



Einsicht und Verständnis führen. Das größere Ziel besteht darin zu untersuchen, ob Empathie durch visuelle Darstellungen gefördert werden kann und dazu beitragen kann, Stigmatisierung und Diskriminierung zu reduzieren und soziale Inklusion zu unterstützen.

Das Projekt begann 2014 mit einem Symposium. 100 Vertreter/innen aus Forschung, Film, Psychotherapie sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen untersuchten an zwei Tagen die Darstellungen von psychischen Krankheiten in Film und Fernsehen in Vorträgen, Screenings und Workshops. Im Jahr 2015 wurde das Projektteam um Forscher/innen aus dem



THE UNIVERSITY OF
MELBOURNE

Bereich der psychischen Gesundheit erweitert. Das Symposium 2014 konzentrierte sich auf Darstellungen von psychischen Krankheiten in Dokumentarfilmen, Spielfilmen, Fernsehprogrammen und Kurzfilmen und ob und wie diese Darstellungen das Einfühlungsvermögen beeinflussen. Im Workshop 2015 wurde erforscht, wie Medien, Fotografie und digitales Storytelling zur Darstellung psychischer Erkrankungen eingesetzt werden können und was ein Konzept der Empathie ausmacht. Dazu haben die Teilnehmenden selbst Fotos und Filme mit einfachem technischen Aufwand hergestellt.

Wie funktioniert das?

Dieses Projekt bringt Menschen mit unterschiedlichem Blick auf psychische Erkrankungen zusammen, sie nehmen aktiv an der Untersuchung von Darstellungen psychischer Erkrankungen und dem Konzept der Empathie teil. Wie interpretieren Betrachter/innen mit unterschiedlichen Hintergründen wie Ärztinnen und Ärzte, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder deren Familienmitglieder dieselbe visuelle



Geschichte? In beiden Workshops wurden u. a. Kurzfilme vorgeführt, die von Menschen mit psychischen Erkrankungen produziert wurden, die sowohl vor als auch hinter der Kamera eine Hauptrolle spielten. Weiterhin wurden die Teilnehmenden gebeten, selbst ihr Verständnis von Empathie, psychischer Krankheit und sozialer Inklusion in digitalen Geschichten und Fotos darzustellen.

Die Initiatorinnen planen – so die Finanzierung gesichert ist – ein groß angelegtes Projekt über mehrere Standorte in verschiedenen Großstädten und Regionen Australiens. Teil dieses Projektes wird auch ein interkultureller Vergleich mit anderen Initiativen zur psychischen Gesundheit unter Einsatz von Bildschirmmedien und Kunst in den USA, Kanada und Großbritannien sein.

Wie gelingt hier Inklusion?

Die Projektleiterinnen von „Empathy and portrayals of mental illness in Australian visual culture“ geht davon aus, dass die Art und Weise der medialen Darstellung von psychischen Behinderungen die gesellschaftlichen Einstellungen beeinflussbar machen und Inklusion möglich ist. Das Projekt verschreibt sich einem partizipativen Ansatz, bei dem die Teilnehmenden der Workshops ihre Geschichten über psychische Gesundheit mitteilen und das Konzept der Empathie erforschen. Die Arbeiten, die im Workshop 2015 produziert wurden, zeigen, dass jeder kreativ ist und Bilder und Geschichten hervorbringen kann, die kraftvoll und ansprechend sind und zum Nachdenken anregen.

Forum 4: Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderungen

Thema: Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen

Projekt: „Time to Change“, Großbritannien (Deutsch: „Zeit für Veränderung“)

Auf der Bühne: Sue Baker, OBE, Leiterin „Time to Change“
Tanne Spielman, Kampagnenbeauftragter „Time to Change“
Nicole Williams, „Time to Change Young Champion“

Projektträger: „Time to Change“

Internet: www.time-to-change.org.uk

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

„Time to Change“ ist eine nationale Kampagne und soziale Bewegung, die das Denken und Handeln über psychische Gesundheit verändern soll. Die Kampagne wird von zwei britischen Wohltätigkeitsvereinen für psychische Gesundheit („Mind“ und „Rethink Mental Illness“) geleitet und vom Britischen Ministerium für Gesundheit, der Wohltätigkeitsorganisation „Comic Relief“ und dem Big Lottery Fund (Lottogesellschaft) in Großbritannien finanziert.

„Time to Change“ wurde 2007 ins Leben gerufen. Die Ziele des Projektes sind:

- die Verbesserung der öffentlichen Einstellung und des Verhaltens gegenüber Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen,
- Reduzierung der Diskriminierungen, die Menschen mit psychischen Problemen in ihren persönlichen Beziehungen, ihrem sozialen Leben und bei der Arbeit erfahren,
- Sicherstellen, dass mehr Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen Maßnahmen kennen und ergreifen können, um die Stigmatisierung und Diskriminierung in ihren Communities, an Arbeitsplätzen, in Schulen und im Internet zu bekämpfen und
- die Etablierung einer nachhaltigen und langfristigen Kampagne, um all dies öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen.



Wie funktioniert das?

Um diese Ziele zu erreichen, arbeitet Time to Change in einer Reihe von Schlüsselbereichen:

- Arbeitsplätze: „Time to Change“ unterstützt Arbeitgeber/innen darin, offenere Arbeitsorte zu schaffen, an denen die Mitarbeiter/innen ermutigt werden, zu reden und zuzuhören.
- Lokale „Hubs“: „Time to Change“ arbeitet mit lokalen Organisationen wie lokalen Ämtern, Gesundheitsbehörden, dem Freiwilligensektor und lokalen „Champions“ zusammen, um so Einstellungen und Verhaltensweisen in den Gemeinden zu verändern.
- Communitys: Das Projekt arbeitet mit verschiedenen Communitys, Organisationen und „Champions“ zusammen, um positive Veränderungen vor Ort zu bewirken.
- Schulen: „Time to Change“ arbeitet mit jungen Menschen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern zusammen, um Wissen, Einstellungen und Verhalten (gegen)über psychischer Gesundheit zu verbessern.
- Social Marketing: Mit wirkungsvollen Werbekampagnen sollen Einstellung und Verhalten der Menschen verändert werden.
- „Time to Talk Day“ (deutsch: Zeit, drüber zu sprechen-Tag): „Time to Change“ führt jährlich einen Aktionstag durch (der erste Donnerstag im Februar), an dem das ganze Land über psychische Gesundheit sprechen soll. Er hat mittlerweile zum fünften Mal stattgefunden und Millionen von Menschen zu Gesprächen zusammengeführt – und ihr Leben verändert.
- Fachkräfte für psychische Gesundheit: „Time to Change“ führte ein Pilotprojekt durch, um die Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen durch die psychiatrischen Dienste zu bekämpfen.
- „Global Anti-Stigma Alliance“ (deutsch: Globale Allianz gegen Stigmatisierung): „Time to Change“ ist Mitglied der „Global Stigma Alliance“, die 2012 gegründet wurde, um Best Practices und neueste Erkenntnisse mit anderen Ländern zu teilen.



Wie gelingt hier Inklusion?

Die „Champions“ von „Time to Change“ sind Menschen mit gelebter Erfahrung mit psychischen Gesundheitsproblemen. Sie nutzen ihre Erfahrungen, um die Art und Weise zu verändern, wie wir alle über mentale Gesundheit denken und handeln.

Forum 5: Katastrophenvorsorge

Projekt „Bethel’s House“, Japan

(Deutsch: Haus Bethel)

Auf der Bühne: Ikuyoshi Mukaiyachi, Leiter von „Bethel’s House“, Sozialarbeiter und Professor der Gesundheitswissenschaften Universität Hokkaido
Kohei Yamane, Sozialarbeiter bei Bethel
Maho Ikematsu, Sozialarbeiterin bei Bethel
Michitaka Higuchi, Büromitarbeiter bei Bethel
Mana Mukaiyachi, Sozialarbeiterin in der Bethel-Niederlassung in Tokio

Projektträger: Centre for Disability in Development
(deutsch: Zentrum für Behinderung und Entwicklung)

Internet: www.bethel-net.jp

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Gebiet einschließlich der Stadt Urakawa auf der Insel Hokkaido war schon häufig von Erdbeben betroffen, sodass die Bewohner/innen dieser Region ein ausgeprägtes Bewusstsein entwickelt und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen im Falle eines Erdbebens getroffen hatten – nicht aber für den Fall eines Tsunamis.

Im Haus Bethel, das seit 1984 unter diesem Namen besteht, leben und arbeiten 100 Menschen mit geistigen Behinderungen zusammen. Da zu ihren geistigen Behinderungen auch Symptome wie Halluzinationen und gehörte Stimmen gehören, hatten sie Probleme gehabt, rechtzeitig und sicher vor einem Tsunami zu fliehen. Deshalb haben die Bewohner/innen des Hauses Bethel kontinuierlich an Präventionsmaßnahmen gearbeitet, um besser auf Erdbeben und Tsunami vorbereitet zu sein. Dazu gehören Evakuierungsübungen mithilfe der Nachbarschaft, der lokalen Regierung, der Polizei und anderen.

Das Ziel ist, durch die Evakuierungsübungen zu erreichen, dass jede/r Teilnehmer/in verstehen kann, was vor sich geht.

Die Katastrophenübungen werden seit 2003 von den 100 Bewohner/innen und 100 Mitarbeiter/innen des Hauses Bethel durchgeführt – in diesem Jahr erschütterte ein schweres Erdbeben und ein damit zusammenhängender Tsunami die Insel Hokkaido. Mehr als 800 Menschen wurden insgesamt verletzt.

Bei den Evakuierungsübungen geht es darum zu zeigen, wie jeder überleben kann. Die Organisationskultur basiert auf dem Grundsatz „eigene Bedürfnisse zu erkennen und auszudrücken“.



Wie funktioniert das?

Die wichtigsten Punkte für die erfolgreichen Evakuierungspläne und –übungen im Bethel Haus sind:

- genaues Wissen über alle Abläufe bei allen Teilnehmenden,
- zeitnahe und verständliche Informationen,
- die Evakuierungspläne werden in der Praxis getestet,
- Verwendung des Handbuches „DAISY“ (Digital Accessible Information System),
- klare Ziele setzen, um in Sicherheit zu gelangen (Beispiel: Innerhalb von 4 Minuten muss jede/r 10 Meter höher kommen, z. B. klettern, um sich im Ernstfall zu retten und
- den Umgang mit auditiven Halluzinationen trainieren.



Wie gelingt hier Inklusion?

Die Prinzipien und kulturellen Leitsätze des Bethel-Hauses sind wichtige Faktoren für die Katastrophenvorsorge:

- eigene Bedürfnisse erkennen und zum Ausdruck bringen – Verletzlichkeit zeigen,
- alle Maßnahmen werden ausprobiert, um sich darüber klarzuwerden, wie sie funktionieren.

Weitere Maßnahmen, die für das Haus erfolgsentscheidend sind:

- „Social Skills Training“, Training zur Simulation sozialer Kompetenzen,
- das Handbuch „DAISY“ ist auch für Menschen mit geistigen Behinderungen verständlich, es arbeitet mit Bildern und Ton und nicht nur mit Text,
- es gibt einen guten Kontakt zwischen den Bewohner/innen des Bethel-Hauses mit der Nachbarschaft, dem Nationalen Rehabilitationszentrum für Menschen mit Behinderungen, der Polizei, dem Regierungsbüro u. a. und
- besonders wichtig sind Teilhabe und Kontakt mit der lokalen Gemeinschaft und Teilnahme an Gemeindeaktivitäten.





Forum 5: Katastrophenvorsorge

Projekt „Community Driven Disability inclusive Disaster Risk Reduction“ (CDDiDRR), Bangladesch

(Deutsch: Gemeinschaftsbasierte inklusive Katastrophenvorsorge)

Auf der Bühne: Nazmul Bari, Direktor, Centre for Disability in Development (CDD)
Broja Gopal Saha, stellvertretender Direktor und Projekt Manager, CDD

Projektträger: Centre for Disability in Development
(deutsch: Zentrum für Behinderung und Entwicklung)

Internet: www.cdd.org.bd

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das Inklusions-Projekt „Community Driven Disability inclusive Disaster Risk Reduction“ (CDDiDRR) befindet sich in zwei Gebieten im Distrikt Gaibandha, Bangladesch: Haripur und Sreepur. Diese Gebiete sind von Mehrfachgefahren betroffen, insbesondere durch Überschwemmungen. Flusserosion, Kältewellen und Blitzeinschläge gehören zu den größten Gefahren. Die Bevölkerung ist jedes Jahr davon betroffen. Unter ihnen sind die Menschen mit Behinderungen besonders stark gefährdet. Vor dem Projektstart 2009 waren die Menschen vor Ort kaum für das Thema Behinderungen und Katastrophenvorsorge sensibilisiert. Der Schwerpunkt der Kommunalverwaltungen lag eher auf Katastrophenhilfe als auf Prävention. Im Fall einer Katastrophe waren die meisten Menschen mit Behinderungen auf ihre Familien angewiesen. Sie erhielten größtenteils keine der dringend benötigten Rehabilitationsleistungen.

Das Projekt zielt darauf ab, die gesamte lokale Bevölkerung – einschließlich der Menschen mit Behinderungen – besser auf künftige Katastrophen vorzubereiten, damit sich ihr Risiko, Gesundheit und Besitz einzubüßen, verringert.

Das Projekt existiert seit 2009. Mittlerweile wird es von 13 Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und gemeinsam mit der Entwicklungsorganisation Gana Unnayan Kendra (GUK) und mit Unterstützung der Christoffel Blinden Mission (CBM) durchgeführt.

Wie funktioniert das?

Am Beginn des Projekts stand eine Kapazitäts- und Risikobewertung, in die sich die Menschen der Projektregion, einschließlich der Menschen mit Behinderungen, sowie Beamte der lokalen Regierung einbrachten. Auf dieser Basis konnten die vorhandenen Aktionspläne zur Risikoreduzierung im Katastrophenfall auf ihre Wirksamkeit für Menschen mit Behinderungen geprüft werden. Zusätzlich wurde die Anzahl der Menschen mit Behinderungen erfasst. So konnten endlich



passende Hilfsmittel, Therapien, Dienste und Beratungen angeboten werden, um ihre Mobilität und Teilhabe zu verbessern. Auch bauliche Veränderungen waren für den inklusiven Katastrophenschutz nötig. Dazu gehören in den Projektregionen barrierefreie und sichere Häuser, Wasser- und Sanitäreinrichtungen und Hochwasser-Unterkünfte.



Das Projekt hat zum Aufbau neuer Strukturen beigetragen, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenarbeiten. In dem neu gegründeten Katastrophenschutz-Komitee haben zehn Prozent der Mitglieder eine Behinderung. Die Meinung der Menschen mit Behinderungen wird ernst genommen, sie werden als Expertinnen und Experten in eigener Sache in politische Debatten und Entscheidungen der Region zum Thema Inklusion einbezogen. Einige von ihnen nehmen auch an Sitzungen, Workshops, Seminaren und Konferenzen auf lokaler, nationaler und

internationaler Ebene teil, wo sie die Notwendigkeit von Inklusion in der Katastrophenvorsorge darlegen. Es wurden Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen gegründet, in denen sie mehr über ihre Rechte erfahren und sich vernetzen.

Inzwischen ist man sich sicher, dass die Menschen im Projektgebiet wissen, was vor, während und nach einer Katastrophe zu tun ist, insbesondere bei Überschwemmungen. Bis es soweit war, hat auch die Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle gespielt: Über Straßentheater, Trainings, Plakate und auf weiteren Wegen wurde auf die inklusive Katastrophenvorsorge aufmerksam gemacht. In den Schulen wurden Kunstaktionen, Diskussionswettbewerbe und Schultrainings organisiert.

Einen wichtigen Meilenstein für die Projektverantwortlichen stellt die erste internationale Konferenz im Dezember 2015 über Behinderungen und Katastrophenschutz-Risiko-Management in Dhaka, Bangladesch, dar. Auf dieser Konferenz, die das Ministerium für Katastrophenschutz und -hilfe von Bangladesch organisiert hat, wurde die Erklärung von Dhaka verabschiedet. Sie besagt u. a., dass Initiativen zum Katastrophenschutz inklusiver gestaltet werden sollen und DRR-Initiativen integrativer gestaltet werden sollen.



Wie gelingt hier Inklusion?

Das Projekt berücksichtigt nicht nur die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, sondern die Bedürfnisse aller Menschen in der Gemeinschaft und macht deutlich, wie ALLE von einer zugänglichen Frühwarnung und Infrastruktur profitieren können.

Forum 5: Katastrophenvorsorge

Projekt „Italian Network on Disability and Development“ (RIDS), Italien

(Deutsch: Italienisches Netzwerk für Behinderungen und Entwicklung)

Auf der Bühne: Giampiero Griffo, Präsident RIDS
Michele Falavigna, Berater RIDS

Projektträger: Italian Network on Disability and Development (RIDS)

Internet: www.ridsnetwork.org/en/who-we-are/

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Auf Initiative des italienischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten hat das Netzwerk RIDS Leitlinien zur Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen bei der Katastrophenvorsorge in der humanitären Hilfe entwickelt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf Maßnahmen und Verfahren, die sich bereits in der Praxis bewährt haben.



Die Grundlagen des „Vademecum“ sind die UN-BRK und insbesondere dessen Artikel 11. Es ist abgestimmt auf das Sendai-Rahmenwerk für die Katastrophenvorsorge (2015) und die Charta von Istanbul zur Inklusion in der humanitären Hilfe (2016). RIDS ist ein aktives Mitglied all dieser Bemühungen um eine inklusivere internationale Gesellschaft.



Das italienische Netzwerk RIDS wurde von vier italienischen Interessenorganisationen gegründet, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen: AIFO („Associazione Italiana amici di Raoul Follereau“), DPI Italien (die italienische Sektion von „Disabled Peoples' International“, „EducAid“ und FISH (Federazione Italiana per il Superamento dell'Handicap). Das Netzwerk setzt sich gemeinsam mit Initiativen und Veranstaltungen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit ein – auf nationaler wie internationaler Ebene.

Wie funktioniert das?

Im September 2011 wurde vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten mit dem RIDS eine Arbeitsgruppe gegründet. Die Gruppe, an der Vertreter/innen der zentralen und lokalen Institutionen, der Zivilgesellschaft, der akademischen Welt und der Wirtschaft teilnahmen, erstellte im Juli 2013 den „Aktionsplan der italienischen Entwicklungszusammenarbeit im Behindertenbereich“ mit einem multidisziplinären und partizipativen Ansatz.

Im Rahmen dieses Aktionsplans und insbesondere im Kapitel über „humanitäre Hilfe und humanitäre Notsituationen“ fand die Verwirklichung eines „Vademekums“, also eines Leitfadens für humanitäre Hilfe und Invalidität, statt. Mit diesem Leitfaden sollen die italienischen humanitären Helferinnen und Helfer unterstützt werden, um in Notsituationen den Umgang mit Menschen mit Behinderungen und ihren Rechten und Bedürfnissen respektvoller gestalten zu können. Der italienische Ministerrat hat das „Vademecum“ zur Verbreitung am 2. Oktober 2017 genehmigt.

Die von den RIDS-Mitgliedsorganisationen durchgeführten internationalen Kooperationsprojekte sind die guten Praxis-Beispiele, auf denen das „Vademecum“ aufgebaut wurde. Ein Beispiel: Die italienische Kooperation mit EducAid RIDS in Palästina (2015/2016):

Das Projekt „INCLUDE Peer Resilience“ (deutsch: inklusive Unterstützung durch Peer-Beratung) soll die palästinensische Bevölkerung des Gazastreifens in Notsituationen unterstützen. Mit verschiedenen Maßnahmen begegnet das Projekt den physischen und psychischen Traumata, die Menschen mit Behinderungen während und nach einer Katastrophe betreffen – mit besonderem Augenmerk auf Menschen, die infolge einer Katastrophe oder eines Angriffs eine Behinderung erlitten haben. Neben der psychologischen Unterstützung und Gesundheitsfürsorge für diese Menschen mit Behinderungen werden zehn „Peer Counselors“ (deutsch: Peer-Berater/innen) mit Behinderungen ausgebildet, die in Notsituationen helfen und ein unterstützendes Umfeld für Menschen mit Behinderungen im Gazastreifen schaffen. Dieses Projekt ist besonders innovativ, weil es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, positiv auf die neue psycho-physische Verfassung zu reagieren, nützliche Fähigkeiten für die Beschäftigung zu entwickeln und eine bedeutende Rolle in der Gemeinschaft zu erlangen.



Wie gelingt hier Inklusion?

Auch in Notsituationen und in der humanitären Hilfe ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen möglich. Es erfordert eine radikale Änderung des bisherigen Ansatzes. Dieser muss anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur die gleichen Rechte wie andere haben, sondern selbst starke Vermittler für Veränderungen sein können. Wurden Menschen mit Behinderungen in der Vergangenheit als Leistungsempfänger/innen angesehen, spielen sie jetzt eine aktive Rolle in jeder Phase des Projekts, einschließlich der Planung und des Managements.

Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Partizipation und Assistenz

Projekt „Proqualis“, Österreich

Auf der Bühne: Marian Holland und Stefan Schenck (GETEQ-nueva Berlin, Projekt-Partner aus Berlin)

Projektträger: Kompetenznetzwerk KI-I, Linz, Österreich

Internet: www.proqualis.at
www.geteq.org

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Proqualis ist wie nueva.berlin Mitglied des nueva-Netzwerkes, das mit Peer-to-Peer-Evaluation im Bereich der Menschen mit Lernschwierigkeiten arbeitet. Alle nueva-Partner im deutschsprachigen Raum führen Nutzer/innen-Befragungen bei Leistungen der Behindertenhilfe durch. Proqualis hat seinen Sitz an der Johannes Kepler Universität (JKU) im österreichischen Linz.



Das Besondere an den nueva-Partnern: Die Peer-Befragter/innen haben selbst Lernschwierigkeiten und sind Fachmitarbeiter/innen am ersten Arbeitsmarkt mit doppelter Expertise. Zum einen verfügen sie über eigene Erfahrung durch die Inanspruchnahme von Leistungen der Behindertenhilfe. Zum anderen verfügen sie aufgrund einer zweijährigen Ausbildung über Evaluationsfachwissen. Die Befragter/innen sind im Projekt mittels des Ansatzes der partizipativen Sozialforschung auch als Forscher/innen tätig. So ist garantiert, dass in jeder Evaluationsphase bei nueva-Evaluationen die betroffenen Menschen eingebunden sind.

Wie funktioniert das?

Die nueva-Befragungsinstrumente sind partizipativ und Nutzer/innen-gesteuert erstellt. Die

Befragungsinstrumente sind in Leichter Sprache verfasst. Das Peer-Prinzip garantiert eine hohe soziale Nähe

zwischen Befragten und Befragenden/Befragern. Dies bewirkt eine hohe Datenqualität. Fördergeber oder Träger der Behindertenhilfe beauftragen einen nueva-Partner mit einer nueva NutzerInnenbefragung. Die Peer-Befragter/innen führen diese Befragungen durch. Die Ergebnisse werden in einer verständlichen Art und Weise aufbereitet und sowohl den Auftraggeberinnen und Auftraggebern wie auch den Nutzerinnen und Nutzern präsentiert. Das erhöht das Empowerment der Nutzer/innen in Einrichtungen der Behindertenhilfe.



Wie gelingt hier Inklusion?

Menschen mit Lernschwierigkeiten haben bei den nueva-Partnern wie Proqualis und nueva.berlin eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt mit sozialversicherungsrechtlicher Absicherung und einem normalen „kollektivvertraglichen“ Gehalt (was in Deutschland einem tarifvertraglichen Gehalt entspricht). Mit dem Ansatz der partizipativen Sozialforschung sind die Peer-Befragter/innen Forscher/innen mit Entscheidungsmacht im Forschungsprozess.

Die Nutzer/innen von Leistungen der Behindertenhilfe erhalten Kundinnen/Kunden-Rechte und werden auch als solche wahrgenommen.

Erfolgreiche Fakten zum Projekt:

- Eine der Peer-Befragterinnen des Projektes war zwei Semester lang, gemeinsam mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Instituts für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Lektorin in einer Lehrveranstaltung an der JKU.
- Weitere Peer-Befragter/innen sind regelmäßig an der Pädagogischen Hochschule und an der Schule für Sozialbetreuungsberufe als Referentinnen und Referenten tätig.
- Eine Kollegin ist laufend Co-Moderatorin bei großen Tagungen.



Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Partizipation und Assistenz

Projekt „STIL“, Schweden

Auf der Bühne:	Adolf Ratzka, Independent Living Institute
Projektträger:	STIL (Stockholm Cooperative for Independent Living)
Internet:	www.stil.se

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Das STIL-Projekt lief von Januar 1987 bis Juni 1989 und sollte nachweisen, dass Direktzahlungen für die Beauftragung von Assistenzdiensten höhere Zufriedenheit und Lebensqualität für die Nutzer/innen bieten als konventionelle häusliche Pflegedienste zu denselben Kosten. Inspiriert von dem internationalen „Independent Living Movement“ (deutsch: Selbstbestimmtes Leben Bewegung) bildeten 22 Teilnehmer/innen mit umfangreichen Assistenzbedürfnissen bei Aktivitäten des täglichen Lebens zu diesem Zweck die erste skandinavische Personalkonsumenten-Nutzergenossenschaft. Die Genossenschaftsmitglieder erhielten die gleichen Mittel für die Anwerbung, Einstellung, Schulung und Kontrolle ihrer persönlichen Assistentinnen und Assistenten, die ihre Kommunalverwaltung für die häuslichen Pflegedienste ausgegeben hätte. Das Projekt erlangte landesweit Interesse bei Menschen mit Behinderungen, in der Öffentlichkeit und der Politik und führte 1994 zu einer nationalen Gesetzgebung (LSS), die derzeit 16.000 Personen in Schweden zu Direktzahlungen von der nationalen steuerfinanzierten Sozialversicherungsanstalt berechtigt.



Wie funktioniert das?



Der Bedarf an persönlicher Assistenz wird nach einer individuellen Bewertung in einer Anzahl von Assistenzstunden ausgedrückt, wobei der Betrag pro Stunde jährlich an die Kaufkraft angepasst wird. Die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer – und nicht die Dienstleister – erhalten monatlich Beträge für die Einstellung von persönlichen Assistenzdiensten von öffentlichen oder privaten Dienstleistern oder für die direkte Einstellung ihrer persönlichen Assistentinnen oder Assistenten. Die wichtigsten Teile des rechtlichen Rahmens der neuen nationalen Rechtsvorschriften wurden während des STIL-Projekts entwickelt.

Wie gelingt hier Inklusion?

Im Gegensatz zu den häuslichen Pflegediensten der Kommunalverwaltungen können im Rahmen der persönlichen Betreuungsleistungen Personen mit hohem Assistenzbedarf bei den Aktivitäten des täglichen Lebens in der Gemeinschaft leben, unabhängig von der Familie, selbstbestimmt und mit Würde. In zahlreichen wissenschaftlichen Studien und persönlichen Berichten hat sich gezeigt, dass persönliche Assistenz der Schlüssel zum „unabhängigen Leben und zur Einbeziehung in die Gemeinschaft“ (UN-BRK Art. 19) für diese Gruppe ist.

Forum 6: Leistungserbringung im Wandel

Thema: Partizipation und Assistenz

Projekt „The right to independent living of persons with disabilities“, Österreich/Europa (Deutsch: Das Recht von Menschen mit Behinderungen auf ein unabhängiges Leben)

Auf der Bühne: Martha Stickings, Projektleitung FRA
Nevena Peneva, FRA

Projektträger: European Union Agency for Fundamental Rights (FRA)

Internet: <http://fra.europa.eu/en/project/2014/rights-persons-disabilities-right-independent-living>

Kurz zusammengefasst: Worum geht es?

Um herauszufinden, wie das Recht auf selbstbestimmtes Leben in der EU verwirklicht wird, hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) 2014 ein mehrjähriges Forschungsprojekt gestartet. Das Projekt umfasst drei miteinander verbundene Aktivitäten:



- Abbildung von institutionellen und gemeindebasierten Diensten für Menschen mit Behinderungen in den 28 EU-Mitgliedstaaten.
- Entwicklung und Anwendung von Menschenrechtsindikatoren, um die Fortschritte bei der Erfüllung von Artikel 19 der UN-BRK zu bewerten.
- Durchführung von Feldforschungsarbeiten in fünf EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Finnland, Irland, Italien und der Slowakei), um die Ursachen und Hindernisse der Deinstitutionalisierung besser zu verstehen.

Die FRA mit Sitz in Wien, Österreich, wurde von der EU im Jahr 2007 gegründet und hat die besondere



Aufgabe, unabhängige faktengestützte Grundrechtsberatung zu geben. Die FRA ist eine der EU-Fachagenturen, die eingerichtet wurden, um die Organe und Mitgliedstaaten der EU fachkundig zu einer Reihe von Themen zu beraten. Finanziert werden die Agenturen aus dem EU-Haushalt. Zu den 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FRA zählen Juristinnen/Juristen, Sozial- und Politikwissenschaftler/innen, Statistiker/innen sowie Expertinnen/Experten für Kommunikation und den Aufbau von Netzwerken.

Wie funktioniert das?

Im Oktober 2017 veröffentlichte die FRA im Rahmen der zweiten Phase des Projekts drei Berichte, in denen verschiedene Aspekte des Übergangs von Institutionen zu einem selbstständigen Leben für Menschen mit Behinderungen untersucht wurden:

- Teil I: „Commitments and structures“ (deutsch: Verpflichtungen und Strukturen) hebt die Verpflichtungen hervor, denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verschrieben haben.
 - Mehr unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2017/independent-living-structures>
- Teil II: „Funding and budgeting“ (deutsch: Finanzierung und Budgetierung) zeigt auf, wie Finanzierungs- und Budgetierungsstrukturen funktionieren können, um diese Verpflichtungen in die Tat umzusetzen.
 - Mehr unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2017/independent-living-funding>
- Teil III: „Outcomes for persons with disabilities“ (deutsch: Ergebnisse für Menschen mit Behinderungen) konzentriert sich auf die Unabhängigkeit und Integration von Menschen mit Behinderungen in ihrem täglichen Leben.
 - Mehr unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2017/independent-living-outcomes>

Diese Berichte zeigen, dass Staaten gemäß Artikel 19 der UN-BRK systematische Änderungen an den sozialen Diensten vornehmen müssen, um sicherzustellen, dass sie sowohl die individuelle Entscheidung als auch die Einbeziehung in die Gemeinschaft erleichtern. Dies beinhaltet die Ersetzung von institutionellen „one size fits all“-Diensten durch personalisierte, benutzergesteuerte Unterstützung in der Gemeinschaft.



Wie gelingt hier Inklusion?

Der Übergang von der institutionellen zur gemeinschaftsbasierten Unterstützung für Menschen mit Behinderungen ist ein komplexer Prozess, der vielseitige Anstrengungen erfordert. Dazu gehören die Schaffung von Verpflichtungen und Strukturen zur Verwirklichung der Deinstitutionalisierung, zur Bereitstellung einer effektiven Finanzierung und zur Messung der Ergebnisse für Menschen mit Behinderungen. In jedem dieser Bereiche wird viel

Wissen und Erfahrung in den EU-Mitgliedstaaten gesammelt. Die Berichte in der dreiteiligen FRA-Reihe zu diesem Thema liefern wichtige Erkenntnisse, die laufende Veränderungsprozesse unterstützen können.



Impressum

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Telefon: 030 18 527-0
Telefax: 030 18 527-1830
E-Mail: info@bmas.bund.de

Redaktion/Layout:
meder. agentur
für veranstaltungen und kommunikation gmbh, Berlin

Fotos: Tom Maelsa und Thomas Rafalzyk

Berlin, April 2018